



13. Stadtratsprotokoll / 13^{ème} procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 21. Oktober 2010, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 21 octobre 2010 à 18 heures

Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2
Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2

Anwesend / Présents:

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Isabelle Blättler, Paul Blösch, Andreas Bösch, Patrick Calejari, Barbara Chevallier, Pablo Donzé, Samantha Dunning, René Eschmann, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Samuel Grünenwald, Christoph Grupp, Nathan Güntensperger, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Markus Habegger, Rudolf Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Caroline Jean-Quartier, Stefan Kaufmann, Hans-Ulrich Köhli, Thomas Lachat, Teres Liechti Gertsch, Fiorella Linder, Christian Löffel, Claire Magnin, Ali Menekse, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Andreas Sutter, Anna Tanner, Ariane Tonon, Max Wiher

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Urs Brassel, Pierre-Yves Grivel, Kerstin Lehniger, Martin Scherrer, Martin Wiederkehr

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Hans Stöckli

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte François Contini, Erich Fehr, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

Sekretariat / Secrétariat:

Regula Klemmer, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i>	Seite/Page
202. 20100045 Voranschlag 2011 (Fortsetzung)	576
• Debatte zu den Sachgruppenezusammenzügen	576
• Diskussion pro Direktion:	589
○ Präsidialstab	589
○ Finanzdirektion	589
○ Sicherheitsdirektion	590
○ Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion	591
○ Baudirektion	598
○ Sonderrechnungen	600
204. 20090238 Vision "AGGLOlac"	601

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Auf dem Tisch des Weibels liegt eine Broschüre zur Thematik "Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten" auf. Gestern wurde die Sitzung bei Traktandum 8 (Voranschlag 2011 Eintretensdebatte) unterbrochen. Das nächste Traktandum ist die Debatte zu den Sachgruppenezusammenzügen.

202. 20100045 Voranschlag 2011 (Fortsetzung)

Debatte zu den Sachgruppenezusammenzügen

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Bei der Sachgruppenezusammenstellung stellt die Fraktion Forum folgenden **Antrag: Der Sachaufwand der Sachgruppe 31 soll gegenüber dem Budget 2011 um 5% gekürzt werden.** Dies entspricht in etwa dem Budget 2010 und ergibt auf Direktionsstufe folgende Kürzungswerte:

- Präsidiales CHF 121'000.-
- Finanzen CHF 470'000.-
- Sicherheit CHF 200'000.-
- BSKD CHF 626'000.-
- Bau CHF 376'000.-
- **Total** CHF 1'793'000.-

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Kürzungen auf Stufe Direktion auf die Abteilungen zu verteilen.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich schlage vor, dass am Schluss der Diskussion über diesen Antrag abgestimmt und das Budget nun Punkt für Punkt diskutiert wird.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich gehe davon aus, dass dies ein genereller Antrag ist, der nicht bei jeder einzelnen Direktion nochmals diskutiert werden soll. Verstehe ich das richtig, stellt die Fraktion Forum für jede Direktion einen Kürzungsantrag, so wie es vorhin ausgeführt wurde? Dementsprechend schlage ich vor, dass über diese generelle Idee jetzt eine Grundsatzdebatte geführt wird. Der Antrag wurde etwas überfallartig gestellt. Es stellt sich die Frage, ob es Sinn machen würde, die Stadtratssitzung zu unterbrechen, damit sich die Fraktionen entsprechend beraten können. Ich kann keinen Antrag auf Sitzungsunterbruch stellen, ich empfehle aber einen solchen. Der Gemeinderat selber konnte diese Anträge übrigens auch nicht diskutieren. Wenn von mir also eine Stellungnahme des Gesamtgemeinderats verlangt würde, müsste ich auch zuerst Rücksprache mit meinem Kollegium nehmen.

Baltzer Niklaus, SP: Als die Sitzung gestern beendet war, bildete sich hinten im Saal eine kleine Gruppe. Sie diskutierte, ob dieser Antrag gestellt werden könnte. Herr Isler und ich kamen dazu, waren aber nur am Rande involviert. Ich sagte, dass ich einem solchen Antrag höchstens dann zustimmen könnte, wenn eine gewisse

Transparenz bestünde. Ich hätte erwartet, dass die Fraktionen am Morgen informiert werden, sofern etwas läuft. Das Resultat hätte dann am Abend bekannt gegeben werden können. So wäre dieser Antrag weniger überfallartig gewesen. Nun ist das Endresultat der Verhandlungen zu Beginn der Sitzung eingetroffen. Ich will damit nicht sagen, dass ich nicht bereit bin, über diesen Antrag zu diskutieren. Ich bin jedoch der Meinung, dass dafür ein Sitzungsunterbruch nötig ist. Ohne diesen kann dieser Antrag nicht ernsthaft diskutiert werden. Gestern sagte ich, dass ich den Rückweisungsantrag der Fraktion Forum nicht gutiere. Er wurde dann auch abgelehnt. Die Grundsätze der Finanzpolitik wurden nicht berücksichtigt. Auf den ersten Blick sieht es auch beim jetzigen Antrag so aus, als ob nur auf der Ausgabenseite angesetzt werden sollte. In der Nacht dachte ich darüber nach und kam zum Schluss, dass dieser Blickwinkel nicht korrekt ist. Dies möchte ich zu bedenken geben: Einnahmeseitig wurde ein Radargerät angeschafft. Mit diesem sollen CHF 1,7 Mio. Mehreinnahmen generiert werden. Für mich ist dies ein Teilstück auf dem Weg, wie weitere CHF 5 Mio. zusätzlich eingenommen werden können. Diese Sicht wurde gestern von vielen Sprechenden abgelehnt. Die Stadt muss aber vernünftig begründen, wie sie Einnahmen erhöhen will. Für mich war dies eine vernünftige Begründung. Es ist ein Schritt dazu, auf der Einnahmenseite etwas zu tun. Deshalb sage ich zum Antrag der Fraktion Forum, dass er gewisse Ausgewogenheitsaspekte beinhaltet. Es sollte auch auf der Ausgabenseite etwas getan werden. Somit würde der Finanzstrategie Rechnung getragen, welche der Gemeinderat vorgelegt hat. In diesem Sinn hoffe ich auf eine fruchtbare Diskussion.

Liechi Gertsch Teres, SP: Ich möchte die Anregung des Stadtpräsidenten aufnehmen. Ein Teil der Stadtratsmitglieder hörte um zirka 17.45 Uhr etwas von diesem Antrag, andere sind völlig überrumpelt. **Ich stelle einen Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch von mindestens 10 Minuten**, damit sich die Fraktionen besprechen können. Vorher scheint es mir unmöglich, in eine Diskussion einzusteigen.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Die Unterlagen, welche die Finanzdirektion Herrn Kaufmann zustellte, sind vorhanden und können den Stadtratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Baltzer Niklaus, SP: Es scheint mir ebenfalls wichtig, dass die Bürgerlichen sagten, dass sie unter der im Antrag formulierten Bedingung dem Budget zustimmen würden. Ich finde dies einen der entscheidenden Punkte. Ohne dieses Wissen möchte ich nicht darüber diskutieren.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Dieser Aussage kann ich zustimmen. Wenn die Sparvorschläge der Fraktion Forum angenommen werden, ist diese im Gegenzug dazu bereit, das Budget zu akzeptieren.

Sitzungsunterbruch: 18.15 - 18.50 Uhr

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Die Pause dauerte länger als vorgesehen. Ich hoffe, dass die Fraktionen entscheiden konnten. Ich möchte nun dem Gemeinderat, welcher sich ebenfalls beraten hat, das Wort geben, damit er seine Sicht der Dinge darlegen kann. Danach folgt die Diskussion im Stadtrat. Am Ende folgt die Abstimmung über den oder die Anträge, bevor über die einzelnen Direktionen debattiert wird.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Der Gemeinderat nutzte die Gelegenheit, eine ausserordentliche Sitzung durchzuführen. Es ist auch im Interesse der Stadtverwaltung, dass Ende Dezember ein rechtskräftig abgesegnetes Budget vorliegt. Aus diesem Blickwinkel heraus diskutierte der Gemeinderat die Anträge der Fraktion Forum. Grundsätzlich hat der Gemeinderat überhaupt keine Freude an linearen Kürzungen. Diese haben immer den Beigeschmack einer gewissen Ungerechtigkeit. Sie treffen auch jene, die sich korrekt verhielten. Natürlich wurde das Budget so erstellt, dass ohne Leistungsabbau keine Einsparungen mehr möglich sind. Es wurde soviel budgetiert, wie die Verwaltung für das kommende Jahr effektiv benötigt. Dies gilt auch für den Bereich des Sachaufwands. Der Gemeinderat versuchte nun heute Abend zu eruieren, was die Umsetzung des Antrags für die einzelnen Direktionen bedeuten würde. Leider muss festgestellt werden, dass eine Kürzung von 5%, (also CHF 1,8 Mio.) echte Schwierigkeiten bereiten würde. Insbesondere Schule und Kultur müssten enorme und einschneidende Folgen in Kauf nehmen. Der Gemeinderat würde sich aber nicht widersetzen, wenn der Kürzungsauftrag bei 3% festgelegt werden könnte. So könnte der Stadtrat ein Zeichen setzen, dass er die Sparpolitik, welche in den nächsten Jahren nötig sein wird, bereits mit dem Budget 2011 angehen will. Würde der Antrag angenommen, würde der Gemeinderat den Auftrag erteilen, dass die genannten Pauschalbeträge pro Direktion auf die einzelnen Abteilungen verteilt würden. Selbstverständlich müsste sich der Gemeinderat vorbehalten, dass er gewisse Abänderungen direktionsübergreifend entscheiden kann. Es kann jetzt noch nicht mit absoluter Sicherheit gesagt werden, dass die geforderten Ziele in allen Direktionen erreicht würden. Als Geste für eine Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg würde sich der Gemeinderat einer pauschalen Kürzung von 3% im Sachaufwand nicht widersetzen.

Moeschler Émilie, au nom du Groupe socialiste: La gauche s'est réunie à l'étage pour discuter la proposition du Groupe Forum. Le Groupe socialiste a toujours été d'accord d'entrer en discussion sur des questions d'économie, lorsque cela s'avère nécessaire. Le Conseil de ville avait discuté en juin de la stratégie financière et avait parlé de prendre ses responsabilités, d'évaluer les besoins de réduction de déficit, mais pas de cette manière. À la dernière minute, nous recevons des pourcentages, des chiffres et ne savons pas de quoi il s'agit et quels sont les besoins des directions. Mais, le jeu démocratique le permet. Un budget est un processus qui prend du temps. Il doit être discuté à l'interne dans les directions et dans le cadre du Conseil municipal. La Commission de gestion suit le budget depuis plusieurs mois. Tout à coup, il y a une demande de réduire de 5% le budget, à l'idée que ce soit une proposition acceptable. Ce n'est pas une manière de travailler et ce n'est pas non plus prendre ses responsabilités. Le Conseil municipal a travaillé avec des plafonds. Les directions se sont engagées à ne pas dépasser ces plafonds et elles l'ont fait. Ce budget tient compte des besoins des différents départements et le Conseil de ville doit prendre en compte tout le travail effectué.

Le Groupe socialiste refuse cette proposition de réduction de 5%, qui laisse à penser qu'il s'agit d'un coup politique. C'est intéressant de constater, que la droite fait des propositions d'économie. Il existe cependant d'autres moyens. Cela fait des mois, que nous aurions pu en discuter. Ce n'est pas être responsable, que de devoir discuter si rapidement de coupes de budget. Monsieur le Maire, pour le bien de la gauche et de la droite, nous pourrions en parler, si nous voulons bien. Peut-être pourrions-nous nous y prendre autrement et non pas cinq minutes avant la séance de groupe. Je vous remercie.

Calegari Patrick, Fraktion BVP plus: Vous dites Madame Moeschler, que ce n'est pas des manières de faire. Le Conseil de ville discute et essaye de trouver des solutions. Vous dites que ce budget tient la route. Avec un résultat négatif de 15 mio. fr., je ne sais pas si ce budget tient la route! Si je présente un tel budget à ma banque, elle ne me finance plus et demain mon entreprise est morte. 6'685'000 fr. budgété pour des amendes, je ne sais pas si c'est réaliste. Au sein de notre groupe, nous avons discuté des "Sachgruppen".

Die Fraktion BVP plus kann sich dem Antrag der Fraktion Forum leider nicht anschliessen. Dabei geht es vor allem um die Positionen 314 und 315 (baulicher Unterhalt und übriger Unterhalt). Wenn dort 5% gekürzt werden, sind dies beim baulichen Unterhalt CHF 754'000.-, welche später nicht investiert werden können. Seit Jahren sage ich immer wieder, dass die Stadt den Unterhalt nicht vernachlässigen darf. Im übrigen Unterhalt wären es CHF 450'000.- Die Fraktion BVP plus kann dies nicht unterstützen. Wie gesagt, wird sie den Antrag der Fraktion Forum nicht unterstützen und das Budget so verabschieden, wie es der Gemeinderat vorsah.

Güntensperger Nathan, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP war gestern dabei, als dieser Antrag aufgesetzt wurde. Sie unterstützt die Fraktion Forum. Es erstaunt mich, wie die Ratslinke immer sehr entrüstet ist, wenn von ratsrechter Seite ein Antrag eingereicht wird. Dafür sind wir ja da! Wenn keine Anträge mehr eingereicht werden dürfen, kann auch nicht mehr diskutiert werden und dann braucht der Stadtrat gar nicht mehr zu tagen. Es könnte dann auch einfach via Doodle abgestimmt werden. Habe ich Frau Moeschler richtig verstanden, ist die Fraktion SP auch nicht bereit, eine Kürzung von 3% zu akzeptieren? Sie will vielmehr über diesen Vorschlag gar nicht diskutieren?! Mein Französisch ist aber nicht so gut und ich bin nicht ganz sicher, ob ich das richtig verstanden habe. Wenn es so wäre, ginge es nicht um eine Diskussion sondern um ein Ultimatum der Ratsmehrheit.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: J'ai une remarque concernant la procédure. Si on a vraiment l'intention de supprimer ou d'économiser, en principe on fait des amendements et les groupes peuvent en discuter. Là, il n'y a aucun amendement. Dix minutes avant la séance, le Conseil de ville apprend qu'une demande de réduction de 5% du budget sera proposée. Au niveau du respect des gens et du respect démocratique, c'est une manière de mettre le Conseil de ville sous pression et de faire du chantage. Le budget est un long processus. Après minuit, le Conseil de ville devrait décider de réduire le budget de 5%, cela me paraît léger! Toutes les directions indiquent leurs besoins, le Conseil municipal tranche à ce sujet et la Commission de gestion suit cela. Une demande de réduction du budget ne peut pas être proposée dix minutes avant la séance! D'autre part, de quelle manière cette

diminution de 5%, soit plus de 1,7 mio. fr. sera faite? De manière linéaire ou pas? Quelles sont les conséquences? Que va-t-il se passer en matière de besoins de matériel pour les écoles et les crèches? Est-ce que la manière de maintenir l'infrastructure pour que le travail soit fait va changer? Le Groupe des Verts ne soutiendra pas la proposition du Groupe Forum. Nous ne sommes pas contre les économies, à aucun moment. Cependant, ces économies doivent être discutées, élaborées et le Conseil de ville doit pouvoir également se déterminer. Merci.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat nicht sparen will. Bis jetzt kam von der Linken noch kein einziger Vorschlag, wie auch nur ein einziger Franken eingespart werden könnte. Jedesmal, wenn ein Vorschlag eingebracht wird, gibt es einen riesen Aufschrei. Es kommen vielmehr Vorschläge, wie man noch mehr Geld ausgeben könnte, beispielsweise mit Stellenschaffungen. Bei den Stellenschaffungen bot die Fraktion Forum Hand. Sie geht davon aus, dass die nun vorgeschlagenen Kürzungen von 5% ein gangbarer Weg sind. Die Direktionen können die 5% dort einsparen, wo Sparpotenzial vorhanden ist. Deshalb lässt ihnen der Antrag diese Freiheit. Ich stelle aber fest, dass in diesem Rat niemand sparen will. Irgendjemand muss mir nun erklären, wie so im Jahr 2013 ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung erreicht werden sollen. Dies ist einfach unmöglich! Das müsste einmal überlegt werden, statt immer aufzuheulen, wenn jemand sagt, es solle gespart werden. Ich finde diese Haltung nicht sehr verantwortungsbewusst. Die Fraktion Forum nimmt dies zur Kenntnis. Vielleicht tun dies auch die Presse und die Bieler Bevölkerung.

Pichard Alain, GLP: Nun müssen die Emotionen wohl etwas heruntergefahren werden und ich möchte dazu einen Beitrag leisten. Ich möchte Herrn Stöckli danken. Er kam auf unsere Fraktion zu mit der Bitte, einen Kompromiss zu finden. Die Fraktion GLP war schon immer gegen zusätzliche Stellenschaffungen. Gestern gab die Linke zu diesem Thema keinen Millimeter nach. Alle Stellen wurden bewilligt. Die Ratslinke lässt uns somit keine andere Wahl. Frau Magnin spricht von "chantage". Dies stimmt nicht. Es herrschen einfach unterschiedliche Auffassungen, wie die städtischen Dienstleistungen in Biel erbracht werden sollen. Dies muss akzeptiert werden. In der Sache stimmt die Argumentation der Ratslinken aber nicht. Sie kennt die Position der Bürgerlichen. Sie hätte den Bürgerlichen ein wenig entgegen kommen können. Die gestrige Diskussion verlief 100%-ig auf ihrer Linie, wie schon seit Jahren... Nun ist Schluss! Dies sagten die Bürgerlichen gestern auch. Ich bin kein Freund von linearen Kürzungen. Beim Antrag der Fraktion Forum handelt es sich um einen Kompromiss. Es macht aber wohl gar keinen Unterschied, ob über 3% oder 5% abgestimmt wird, Herr Stöckli. Ihre Fraktion will 0%. Das muss zur Kenntnis genommen werden und darüber wird abgestimmt. Über den Rest wird die Bieler Bevölkerung zu urteilen haben.

Gurtner Roland, Passerelle: Messieurs Rüfenacht et Pichard, ce n'est pas vrai qu'il n'y a pas de volonté d'économies au Conseil de ville. Personne n'a contesté la stratégie financière lorsqu'elle a été présentée. Nous sommes tous d'accord, qu'il faut faire un effort pour équilibrer le budget, la gauche en premier et son directeur des finances aussi. Personnellement, je trouve qu'il est trop tôt de prendre une telle décision. La conjoncture s'améliore et les signes de reprise économique sont évidents, en particulier dans l'horlogerie, où Bienne est bien dotée. Les chiffres que vous proposez sont des chiffres arbitraires, qui ne reposent sur aucune réflexion

sérieuse. Je trouve que nous devons laisser le Conseil municipal faire son travail. Il a déjà réduit le déficit de 20 mio. fr. à 15 mio. fr. et il va continuer à le faire. Il faut se donner le temps et il faut réduire les charges progressivement.

Un exemple m'est venu à l'idée. Mon petit-fils, en revenant de l'école, m'a dit: "*Grand-papa, nous n'avons pas assez d'argent pour les activités créatrices manuelles, il n'y a que dix francs par élève. Il paraît que c'est à cause des stades*". Voilà ce qui se discute parmi des écoliers de 6^{ème} année. Ce petit exemple prouve bien que l'on ne peut pas comme cela faire des coupes linéaires. Depuis que je siége au Conseil de ville, nous n'avons jamais procédé de la sorte. Je trouve, que réduire des charges de cette manière est un jeu dangereux et le faire uniquement pour une question de principe, il y a un risque de ne plus permettre à la Ville d'accomplir ses tâches importantes, dans plusieurs domaines. Je dis clairement non à ces réductions budgétaires, que j'estime farfelues.

Liechi Gertsch Teres, SP: Herr Kaufmann, am 20. September 2010 fand die Medienkonferenz zum Budget 2011 statt. Am Tag darauf berichteten alle Medien grossflächig darüber. Ab diesem Zeitpunkt hätten Sie Ihre Strategien definieren können. Wenn es Ihnen in der Sache ernst gewesen wäre, hätten Sie dann angefangen. Nun kommen ständig spontane Anträge, weil die Fraktion Forum erst am Montag gemerkt hat, was sie eigentlich tun will. Und dann kommt der Vorwurf, die Ratslinke wolle nicht sparen! Das ärgert mich. Solche Vorwürfe dürften höchstens geäussert werden, wenn es einen seriösen Vorlauf zu diesem Antrag gegeben hätte. Es fällt auf, dass offensichtlich Spielräume in diesen Budgets bestehen. Dies haben verschiedene Stadtratsmitglieder immer wieder gesagt, ich gehöre auch dazu. Offensichtlich handelt es sich um sehr künstliche, strategische Zahlen. Noch gestern war vom Gemeinderat zu hören, CHF 15 Mio. Defizit seien vorausgesagt gewesen und dennoch sei es sehr schwierig gewesen, dieses Ziel zu erreichen. Heute heisst es nun, eine Kürzung um 3% sei umsetzbar. Vorhin hörte ich im Korridor interessante Bemerkungen wie CHF 1 Mio. seien Peanuts. Es ärgert mich, wie die Diskussion nun von der bürgerlichen Seite dargestellt wird. Wenn die Ratslinke nicht eintreten will, ist sie diejenige, die nicht sparen will und nicht seriös ist. Dies müsse auch der Presse mitgeteilt werden. Das war ja von Anfang an klar, es ist Jagdsaison! So wundert es mich nicht, dass dieser Antrag so formuliert daher kommt. Herr Stöckli, für Sie habe ich noch ein Gedicht, denn Sie haben wieder einmal von "hüben und drüben" gesprochen. Die hier seien hüben und die dort seien drüben. Sie wollten hüben und drüben, damit alles optimal funktioniere. Herr Pichard teilte uns ja in seiner charmanten Offenherzigkeit noch mit, wie dieser Antrag gestern Abend zustande kam. Deshalb mein Gedicht: "Hüben schätzt es nicht, monierst du's nur mit drüben. Den Umgang mit drüben, Hans, musst du noch üben."

Löffel Christian, EVP: Mir kommt es so vor, als ob Herr Stöckli der einzige ist, der dieses Budget richtig versteht und weshalb es ein Defizit von genau CHF 15 Mio. aufweist. Operativ sind es wesentlich mehr als CHF 15 Mio.. Seltsam finde ich, dass der Vorschlag für die von meiner Fraktion vorgeschlagene Kürzung von Herrn Stöckli ausging. Er ging gestern Abend auf unseren Fraktionschef zu und bekundete seinen Willen, noch mehr zu sparen. Dies kommt nicht von ungefähr. Offenbar ist er aber der einzige Gemeinderat, der das weiss. Vielleicht hat er nicht mehr die gleiche Energie wie früher, um seine GemeinderatskollegInnen zum Sparen anzuregen. Es wird immer wieder gesagt, der Budgetierungsprozess dauere ein halbes Jahr. Das glaube

ich sofort. Ich behaupte aber, dass die Verantwortlichen, die im Budgetierungsprozess am Drücker sind, heute sagen können, wo noch 5% eingespart werden könnten. Sie wissen genau, wo das Budget noch Spielraum hat. Wenn sich jemand so lange mit der Materie auseinandersetzt, ist dies klar. Wenn es so schlimm wäre, hätte die Verwaltung diese Variante wohl kaum auf Papier gebracht. Dann wäre Herr Stöckli der erste gewesen, der sich vehement dagegen gewehrt hätte. Es wundert mich, dass gestern nichts drinlag und es heute plötzlich gehen soll. Manchmal muss halt etwas hergegeben und ein Wille bekundet werden, dann geht es, das wissen alle. Wie gestern schon gesagt, werden im Budgetprozess zuerst die Bedürfnisse definiert. Alle beginnen recht weit oben. Dann muss gespart werden, alle müssen etwas hergeben. Schlussendlich liegt dann ein Budget vor, das immer noch Spielraum hat. Ich mache dem Stadtrat beliebt, einmal über den eigenen Schatten zu springen. Herr Stöckli wird bestätigen können, dass er auch mit Kürzungen von 5% problemlos leben könnte. Der Vorstoss der Fraktion Forum kann also problemlos unterstützt werden.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Ich versuche, meine Emotionen auf rationale Art zu beschreiben. Herr Löffel sagte gestern in seinem Votum, wenn der Moment zu sparen passe, passe es und wenn der Moment nicht passe, passe es nicht. Diese Meinung teile ich nicht. Für mich ist es wirklich der falsche Moment, für einen solchen Sparvorschlag. Ich habe keine Ahnung, ob und wie dieser Vorschlag zu realisieren ist. Soll linear gespart werden? In diesem Fall wären auch Mieten und Pachten betroffen. Bekommt der Gemeinderat einen Spielraum, soll die geforderte Summe pro Direktion gespart werden? Ich kann diesen Antrag nicht akzeptieren. Ich frage mich, wie die Fraktion Forum mit diesem Vorschlag eine Mehrheit erzielen will. Darum sollte es ja gehen, oder worum sonst? Geht es darum, hier am Rednerpult direkt die Presse anzusprechen, damit sie morgen die Ratslinke in ein schlechtes Licht stellt? Ich habe für einen Entscheid keine Grundlagen. Wie kann ich mit reinem Gewissen sagen, es müssen überall 5% eingespart werden, wenn ich die Konsequenzen nicht kenne? Die Zahlen für den Vorschlag kommen nicht einmal von der Fraktion Forum. Übrigens noch besten Dank für diese Zusammenstellung, denn damit erhalte ich wenigstens eine kleine Orientierung. Diese reicht mir aber nicht. Auch die Art und Weise des Vorbringens des Antrags sind für mich ein Problem. Der Sprecher der Fraktion GLP sprach von einem Ultimatum, gar Erpressung. Aber auch das Forum teilt mit, es würde das Budget annehmen, falls dieser Antrag genehmigt wird. Damit könnte das Risiko abgewendet werden, dass das Budget vom Volk abgelehnt wird. Dort liegt das Hauptproblem: Der Stadtrat sollte ein glaubwürdiges Budget auf die Beine stellen, das vom Volk angenommen werden kann. Deshalb hätte für mich der Sparprozess viel früher beginnen müssen als gestern Abend. Mit solchen Ideen müsste ich mich länger auseinandersetzen können. Es ist das eine, der Ratslinken vorzuwerfen, sie wolle nicht sparen. Ich höre aber von der Fraktion Forum nur Zahlen. Es ist nicht klar, worum es wirklich geht, wahrscheinlich einfach nur ums Geld. Ich kenne die Folgen einer Kürzung des Sachaufwands nicht. Dann kann ich auch nicht darüber entscheiden.

Baltzer Niklaus, SP: Ich möchte mich zuerst an die linke, danach an den Gemeinderat und zum Schluss noch an die rechte Seite wenden. Zur linken Seite: Es liegt ein Budget vor, welches mit grosser Wahrscheinlichkeit relativ stark gekürzt werden musste. Es ist im Moment noch unklar, um wieviel, aber es liegen unsichere Zahlen vor. Herr Gurtner, ich zähle Sie auch zur linken Seite: ich würde die

Wirtschaftslage noch nicht zu stark rühmen. Zwar findet sie zurzeit wieder zurück in ein Hoch. Die Stabilität der Wirtschaft ist aber katastrophal. Das heisst, das ganze System kann morgen kippen. Das kann jeder Banker bestätigen: wenn alle Leute ihr Geld gleichzeitig abheben möchten, sind alle Banken erledigt. Sollte ein solches Szenario zufälligerweise eintreffen, ist es passiert. Wahrscheinlich muss also ziemlich viel eingespart werden. Was jetzt vorgeschlagen wird, ist ein erster kleiner Schritt, welcher mir nicht ganz unvernünftig erscheint. Wenn ein erster Schritt gemacht wird, kann dann zu einem grösseren angesetzt werden. Bei der Umsetzung des Sparvorschlages könnte dann geprüft werden, in welche Richtung dieser gehen könnte.

Nun zum Gemeinderat: wenn er diesem Sparvorschlag zustimmt, ist dies für mich auch ein Teil seiner Strategie. Von dieser habe ich bisher nicht viel gespürt. Diese müsste zuerst ausgearbeitet werden. Aber ein Budget ist ja das Eine und die Umsetzung das Andere. Von mir aus gesehen könnte der Stadtrat einer Kürzung des Sachaufwands um 3% zustimmen, dies müsste aber in die Strategie passen. Das heisst, ich möchte dann noch wissen, wen es genau trifft und dabei ein Wort mitreden können. Ich hätte gerne eine klare Aussage dazu, ob der Gemeinderat das auch so sieht.

Und nun noch zur rechten Seite: Herr Kaufmann, es störte mich, dass Sie in Ihrem Votum nur von der Variante 5% und Ihrem Vorschlag gesprochen haben. Sie sagten überhaupt nichts dazu, wie sich die Fraktion Forum zum Vorschlag des Gemeinderats stellen würde. Dies wäre ein Teil der Diskussion zur Kompromissssuche. Vielleicht könnte dies jemand der rechten Seite noch nachholen.

Isler Peter, SP: Es wurde viel gesagt und gewisses kann nicht einfach so stehen gelassen werden. Ich kann das gleiche sagen wie Herr Pichard: Sie hören uns einfach nicht zu! (*Gelächter*) Ich lese eine Passage aus meinem gestrigen Votum vor. Ich weiss, ich machte das gestern nicht so gut, ich war etwas chaotisch, obschon ich alles aufgeschrieben hatte. Ich sagte gestern, die Fraktion SP freue sich darauf, nächsten Juni im Detail darüber zu diskutieren, wo und wie gespart werden könnte und dass sie weiss, dass dies sehr wichtig ist. Ich sagte sinngemäss: *"Die Stunde der Wahrheit wird kommen. Die Stunde der Wahrheit heisst: wir werden uns in den Parteien und hier im Stadtrat um Prioritäten kümmern müssen, um Prioritäten kämpfen und feilschen müssen. Wir werden uns einigen müssen hier im Rat: was heisst das, verantwortungsvoll zu sparen?"*

Nicati Alain, PRR: Il serait intéressant de savoir combien de personnes, ayant parlé jusqu'à maintenant, sont capables de parler du budget, sans prendre le livre avec eux. Combien de personnes ont étudié ce budget en détail? Toutes les personnes, qui se sont exprimées, ont lu et travaillé à ce budget. Nous avons parlé d'économiser. Le mot économies me dérange, comme il dérange beaucoup de personnes. On ne veut pas économiser mais on veut que ça coûte moins cher! Ce n'est pas la même chose. Coûter moins cher, c'est essayer de faire la même chose, en dépensant un peu moins. Lorsqu'on économise, on coupe. Le budget s'élève à peu près à 350 mio. fr. avec des charges pour 30 mio. fr et des produits pour 20 mio. fr. Il y a une différence de 10 mio. fr. entre les produits et les charges. Réaliser un budget avec 1,5 à 2 mio fr. de moins n'est pas un problème. Des personnes rigolent en disant que Nicati dit n'importe quoi, mais Nicati l'a fait à la Confédération, durant vingt ans. Il est

toujours possible d'économiser, cependant il y a une limite. Je n'ai pas l'impression, qu'avec 1,5 ou 2 mio. fr., nous ne soyons déjà à la limite.

J'aimerais exprimer des remerciements au Maire, qui fait tout ce qu'il peut pour essayer de s'en sortir. S'il y a quelqu'un qui connaît bien le budget, c'est bien lui. Là aussi, en ne manifestant aucun désir de coûter moins cher, on ne rend pas service à la communauté. Ce budget sera appliqué, en donnant un faux signal du côté de la gauche. Vous savez, je suis très prudent en parlant de la gauche, car elle fait des tas de choses intelligentes, mais là, à mon avis, elle donne un signal dangereux. Le budget fixe des cadres, mais cela ne veut pas dire qu'il faut les tenir. Le but est de ne pas dépasser le budget. Parfois, il n'est pas possible de le suivre et un crédit additionnel est demandé. Un budget, ce n'est pas quelque chose que l'on tient par les deux mains et dans lequel on ne peut rien changer. Cela a été mal formulé. Le Groupe Forum a essayé de faire une proposition. C'est dans le "Sachaufwand" qu'il est le plus facile d'économiser. Il faut tirer deux leçons de ceci. Lorsque le Conseil de ville discutera de la stratégie financière, celle-ci devra donner le signal. La stratégie financière doit arriver progressivement à supprimer les conclusions des budgets déficitaires et partout où des économies pourront être faites, en ayant le même rendement, il faudra essayer de les faire. Je vous remercie.

Wiher Max, GLP: Offenbar handelt sich die ganze Diskussion um ein grosses Missverständnis. Die linke Seite spricht immer vom Sparen, sie fragt sich, wo und wie diese Millionen eingespart oder warum sie nicht eingespart werden können. Das stimmt alles gar nicht. Wenn beim vorliegenden Budget 5% des Sachaufwandes eingespart werden, sinkt er auf das Niveau vom letzten Jahr. Es kann also nicht von sparen gesprochen werden, dies muss klargestellt werden. Es geht darum, die Erhöhung der Ausgaben zu verhindern. Gestern verlangte die Fraktion GLP eine Kürzung um 10%. Der Kompromiss wäre 5% gewesen. Nun wird um 3% verhandelt. Für mich ist das wie in Marrakesch. Das Signal des Gemeinderats finde ich toll und es ist sehr gut, dass er sich dafür einsetzt, dass wenigstens ein Tropfen auf den heissen Stein fällt. Wahrscheinlich sind die Fronten im Stadtrat jedoch so verhärtet, dass sich nicht einmal dieses Tröpfchen realisieren lässt. Ich wiederhole: bei 5% geht es noch überhaupt nicht ums Sparen, niemand muss auch nur einen Franken einsparen. Heute Abend wird ständig darüber gesprochen, wie schlimm sparen sei. Darum geht es bei diesem Antrag eigentlich gar nicht.

Stöckli Schwarzen Heidi, SP: Ich wehre mich gegen die Unterstellung, die Linke wolle nicht sparen. Es stimmt nicht, dass die Linke generell gegen das Sparen ist. Vielmehr ist sie klar dafür, dass diese Diskussion geführt und notfalls auch gespart sowie Leistungs- und Aufgabenabbau betrieben wird. Dazu braucht es aber eine Grundsatzdiskussion zwischen Rechts, Links und dem Gemeinderat. Ich denke, dafür braucht es mehr Zeit. Ein solcher Antrag kann nicht einfach zehn Minuten vor der Stadtratssitzung unterbreitet werden. Wenn gespart werden soll, muss dies seriös und glaubwürdig erfolgen. Bei dem heute Abend vorgelegten Antrag geht es jedoch nicht ums Sparen. Vielmehr ist es ein Schnellschuss, ist Kosmetik, soll der Verwaltung doch ein Blankoscheck ausgestellt werden. Der Stadtrat weiss nicht, welche Konsequenzen sich daraus ergeben, wen es treffen und wer welche Entscheidungen zu fällen haben wird. Es wird nur generell verlangt, dass gespart wird. Es fragt sich, wie glaubwürdig solche Sparmassnahmen sind und wie sie bei der Bevölkerung ankommen. Einfach so eine Million zu streichen, nur damit man sagen

kann, es sei etwas gespart worden, ist nicht glaubwürdig. Wenn also gespart werden soll, muss diese Debatte im Sommer 2011 lanciert werden. Dann kann der Stadtrat überlegen, wo Leistungen gekürzt werden sollen. Eine solche Diskussion muss rechtzeitig angegangen werden, damit alle mitdenken und -sprechen können und damit auch der Instanzenweg eingehalten werden kann. Wäre dieser Antrag am Montag kommuniziert worden, hätte genügend Zeit zur Verfügung gestanden, damit alle Gremien hätten eingebunden werden können. Deshalb finde ich diesen Antrag nicht unterstützenswürdig.

Hadorn Werner, SP: Auch ich möchte mich gegen die Aussage verwahren, die Linke sei nicht bereit zu sparen. Die Lösung mit der linearen Kürzung beweist im Gegenteil, dass nicht genau gesagt werden kann, wo gespart werden soll. Herr Nicati, wenn Sie das Budget wirklich so genau gelesen hätten, müssten Sie ja jetzt sagen können, bei welchen Posten vernünftigerweise reduziert werden soll. Sie kommen aber einfach mit einer Prozentzahl daher. Diese wirkt wie ein Schwert, das einfach ohne politischen Willen willkürlich etwas abschneidet. Ich glaube nicht, dass Sie mit dem Satz, dass die Linke nicht sparen wolle, bei den WählerInnen Erfolg haben werden. Dazu muss überlegt werden, was ein Budget und was eine Rechnung ist. Das Budget ist eine Planvorstellung. Es ist eine Direktive, eine Strategie, vielleicht manchmal auch ein Traum. Auf jeden Fall ist es aber etwas Virtuelles. Im Grunde genommen zählt nur die Rechnung. Wenn man sieht, was die Verwaltung in den letzten 20 Jahren zustande gebracht hat, kann niemand sagen, die Verwaltung könne nicht sparen. Im Durchschnitt lag in den letzten Jahren eine Differenz von etwa CHF 14 Mio. zwischen Budget und Rechnung! Soviel ich weiss, schnitt die Rechnung nur ein einziges Mal in den 90er-Jahren schlechter ab als das Budget. Dies wissen die Leute. Sie wissen auch, dass die Steuern gesenkt werden konnten und dass die Stadt ihr Image im Finanz-Sektor in den letzten 20 Jahren stark verbessern konnte. In diesem Licht betrachtet wird klar, dass der Vorwurf, die Linke wolle nicht sparen, bei den WählerInnen nicht ankommen wird.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Ici, le mot économie est un peu comme la prière "Notre Père". Pour moi, le budget ne représente pas uniquement des chiffres, mais c'est une relation entre des moyens à disposition et des besoins. Le Groupe des Verts est heureux, qu'il n'y ait pas de coupures dans les prestations, que nous estimons essentielles pour la cohésion dans la Ville et pour pouvoir rebondir. C'est cela le fond de l'affaire. On ne parle pas juste de millions, mais de prestations et de besoins de la population. La question est de savoir, quels sont les besoins de la population, quels sont les prestations que la Ville doit fournir et quelles sont les prestations qui ne seraient peut-être plus nécessaires? C'est à ce niveau que le débat doit être fait. Aujourd'hui, on nous dit que l'on enlève 1,7 ou 1,9 mio. fr., c'est de la politique au lance-pierre. Quelles seront les conséquences pour Monsieur Moeschler concernant les écoles? On ne peut pas dire que l'on offre des prestations, sans se donner les moyens matériels d'assumer ces prestations. Le Groupe des Verts n'est pas du tout d'accord avec cette manière de faire de la politique.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Bei der vorherigen Besprechung in den Fraktionen waren die Zahlen der Finanzdirektion bekannt. Vielleicht haben nicht alle gut zugehört oder ich habe mich nicht klar ausgedrückt, als ich den Auftrag formulierte. Es handelt sich nicht um eine lineare Kürzung, wie immer behauptet wird. Die Kürzung ist nur bis auf Direktionsebene linear. Die Direktionen sind dann frei, wie

sie den einzusparenden Betrag auf die Abteilungen verteilen wollen. Ich wiederhole das gestrige Votum von Herrn Isler: Der Stadtrat sollte den Direktionen vertrauen, dass sie das können. Das nötige Schulmaterial wird trotzdem zur Verfügung stehen, darauf hat der Antrag der Fraktion Forum keinen Einfluss. Und, Herr Bösch, wenn über das Budget und die Rechnung gesprochen wird, handelt es sich um Geld und um Zahlen, um nichts anderes. Herr Hadorn, ja es konnten Steuern gesenkt werden. Diese Senkung entspricht aber dem Satz, um welchen die Steuern zu stark erhöht wurden, als der Finanzausgleich in Kraft trat. Vielleicht wäre es auch interessant zu schauen, wie die sehr guten operativen Ergebnisse der letzten Jahre zustande kamen. Es wurden nämlich sehr viel Buchgewinne erzielt. Herr Wiher sagte es richtig, es geht nicht ums Sparen, sondern darum, nicht mehr auszugeben. Sparen wäre ein ganz anderer Prozess. Dazu braucht es andere Überlegungen und grössere Überwindung. Sparen tut weh, es bedeutet Verzicht auf viele Begehrlichkeiten. Wenn gespart wird, trifft es alle. Ich frage mich auch, weshalb sich die Rechte nun kompromissbereit auf 3% einlassen soll, wenn von der Linken keine Kompromissbereitschaft zu spüren ist. Wenn über die 3%-Variante nicht einmal diskutiert wird, kann ich ebenso gut meinen ursprünglichen Antrag aufrecht erhalten...

Grupp Christoph, Grüne Biel: Vorhin hörte ich von der Fraktion Forum, dass die Linke nicht sparen wolle und Vorschläge machen solle. Es ist wohl tatsächlich so, dass die Rechte versessener aufs Sparen ist als die Linke. Der Hintergrund dazu ist der, dass die Rechte ständig einen schlanken Staat verlangt, während die Linke einen Staat fordert, welcher die für ein Gemeinwesen nötigen Leistungen erbringt. Wenn aber unbedingt gespart werden soll, kann ich schon einen Vorschlag machen. Ich gehe auf den Budgetposten 424.31700000 auf Seite 23 in der Begründung und Umschreibung der Abweichung gegenüber dem Vorjahresbudget ein. Er gehört zur BSKD und würde auf einen Schlag 1/3 der 5% einsparen. Dabei geht es um "Augmentation dans les transports par Funicar". (*Gelächter*) Vorhin wurde gesagt, es gehe nicht darum zu sparen sondern darum, Mehrausgaben zu verhindern. Ich sage dies, ohne jemanden in diesem Saal anzugreifen (*Gelächter*). Ich weiss jedoch wirklich nicht, ob eine solche Kürzung gerechtfertigt wäre oder nicht. Ich weiss nicht, was in diesen 5% Platz hat. Ist es dieser Budgetposten oder ein anderer? Auch dieser Budgetposten ist eine Sachausgabe. Auf dieser pauschalen Ebene kann ich nicht entscheiden, dafür bin ich nicht im Stadtrat. Wenn ich etwas entscheiden soll, dann auf der Sachebene und nicht so pauschalisierend.

Arnold Marc, SP: Ich möchte mich Herrn Grupp anschliessen und habe eine Frage an den Gemeinderat. Dieser erklärte vorhin, es wäre machbar, 3% zu sparen. Da stelle ich mir die Frage, wo diese 3% eingespart werden könnten. Herr Grupp erwähnte vorhin den schlanken Staat, welcher von rechter Seite gefordert wird. Unter dem Konto 31 (Seite 5), Sachaufwand, sind CHF 35,9 Mio. budgetiert. Davon sind CHF 11,6 Mio. Honorare und allgemeine Verwaltung. Herr Ogi reichte bereits einen Vorstoss ein mit der Frage, was unter diese Honorare falle. Der Gemeinderat sagte vorhin ohne mit der Wimper zu zucken, er sehe noch Spielraum. Wo ist diese denn vorhanden? Bei den Honoraren? Ich sehe sie nicht unbedingt beim Funicar, es könnte eher Richtung externe Honorare gehen.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Ich weiss nicht, ob ich Herrn Nicati richtig verstanden habe. Ich hörte aber die Erwartungshaltung heraus, dass ich das Budget so genau zu verstehen habe, dass ich innerhalb von wenigen Minuten entscheiden kann, welche

Konsequenzen ein Sparantrag hat und wie darauf zu reagieren ist. Vielleicht fiel auch Herrn Nicati auf, dass die Fraktion Grüne 35 Minuten benötigte, um über diesen Antrag zu diskutieren. Dabei stand sie nicht einfach herum, klopfte sich auf die Schulter und sagte, wie stark sie gegen diesen Vorschlag sei. Nein, es wurde heftig diskutiert. Für mich ist es ein grosses Problem, die Konsequenzen nicht zu kennen. Klar geht es um Geld und um Zahlen. Dahinter steht aber etwas Konkretes und es wird Konsequenzen haben, wenn hier einfach Geld gestrichen wird. Ich fühle mich ehrlich gesagt verarscht. Ich investierte viel Zeit in dieses Budget, las es durch, schaute es an, diskutierte mit anderen darüber und versuchte herauszufinden, was andere Fraktionen davon halten. Und jetzt muss ich mir anhängen lassen, ich zeige keinen Willen, etwas ändern zu wollen. Dafür setze ich weder meine Zeit noch mein Engagement ein.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Es ist richtig und wichtig, dass ein Parlament im Rahmen des Budgets auch grundsätzliche Fragen diskutiert. Für die Zukunft ist sicher vielversprechend, dass Hüben und Drüben vom Sparen spricht. Dies sind gute Voraussetzungen für die Diskussion über die Finanzstrategie, welche im Juni geführt werden wird. Plötzlich bedauere ich, dass ich dann nicht mehr dabei sein kann. Es stellt sich nun einfach die Frage, ob bis nächsten Juni gewartet werden soll oder ob es allenfalls eine Möglichkeit gibt, bereits heute einen kleinen Schritt zu wagen. Der Gemeinderat erstellte das Budget korrekt und nahm auch Veränderungen vor. Pauschalkürzungen wurden seit längerer Zeit nicht mehr vorgenommen. In den 80er- und 90er-Jahren wurde dies öfters gemacht, wenn auch nicht jedes Jahr. Wenn jedes Jahr pauschale Reduktionen erfolgten, führte dies zu recht schwierigen Situationen. Heute Nachmittag hatte der Gemeinderat die Möglichkeit, diese Fragen in den Direktionen und mit den Abteilungen zu prüfen. Deshalb kann ich die Linke beruhigen. Die Welt würde nicht untergehen, wenn Einsparungen von 3% vorgenommen würden, die ferner detailliert werden können. Herr Arnold, es ist schon so, dass die Honorare überall angestiegen sind. Dieser Budget-Posten weist im Vergleich von 2010 und 2011 grosse Abweichungen auf. Auch andere Teile des Sachaufwands wachsen aber spürbar. Immerhin beträgt der gesamte Zuwachs bei diesem Budgetposten beinahe CHF 2 Mio! Der Gemeinderat würde die verlangte Kürzung nicht gerne vornehmen. Wenn er aber im Sinn einer Lösung über die Parteigrenzen hinweg ein Zeichen setzen kann, dass die schwierige Situation gemeinsam gemeistert werden kann, würde er dabei mitmachen. Dies wäre der Beitrag des Gemeinderates, eine verantwortungsvolle Finanzpolitik fortzusetzen.

Leider muss ich Ihnen mitteilen, Herr Gurtner, dass ich mich auf Ihre Hoffnung, dass der wirtschaftliche Aufschwung kommen wird, nicht verlassen möchte. Natürlich darf diese Hoffnung auch nicht aufgegeben werden, die Prognosen beispielsweise der CS sehen aber schlecht aus. Ich rate deshalb weiterhin zur Vorsicht. Wenn ich höre, wieviele Entlassungen es wieder gegeben hat und dass das wirtschaftliche Wachstum erneut abgebremst wurde, würde ich mich nicht auf wirtschaftliches Wachstum verlassen. Hingegen ist das Wachstum der Bevölkerung und bei den Steuerzahlenden eine gute Voraussetzung für die künftige Entwicklung. Es ist klar, dass der Gemeinderat bei einer linearen Kürzung und bei der vorliegenden Formulierung des Antrags in den nächsten Wochen die Details erarbeiten müsste. Er hätte jedoch die Möglichkeit, über die Direktionen einen allfälligen Ausgleich zu schaffen. Finanzpolitik hat nur dann Erfolg, wenn sie von möglichst vielen getragen

wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn plötzlich in schwierigen Situationen auf Liebgewonnenes verzichtet werden muss.

Es würde mich freuen, wenn heute ein Kompromiss für die Einsparung von 3% des Sachaufwands gefunden werden könnte. Der Gemeinderat stellt aber keinen entsprechenden Antrag, er würde sich diesem einfach nicht widersetzen. Wenn der Stadtrat also über die 3% abstimmen will, müsste jemand den Antrag stellen. An sich wäre es aber geschickt, wenn versucht würde, hier eine Brücke zu bauen. Die Zukunft wird derart schwierig werden, dass rechtzeitig nach guten Lösungen gesucht werden sollte. Hier muss ich vielleicht noch einen Vorwurf an die Fraktion Forum richten: Ihr Antrag kam wirklich sehr spät, möglicherweise für diese Budgetrunde zu spät. Ich empfehle, rechtzeitig auf die Diskussion zur Finanzstrategie im Juni strategische Ziele zu setzen und diese mit den Vertretungen der anderen Parteien abzusprechen. Vielleicht braucht es dann wie in anderen Städten runde Tische, an welchen die verschiedenen Sparprogramme diskutiert werden können. Es ist klar, dass Biel in den letzten zehn Jahren verwöhnt war. Ich erlebte ganz andere Zeiten! Sparvorschläge müssen also rechtzeitig auf dem Tisch liegen, damit niemand überrumpelt wird. Es ist klar, dass zu kurzfristige Vorschläge keine Akzeptanz finden werden. Zusammenfassend würde sich der Gemeinderat einer Kürzung um 3% des Sachaufwands nicht widersetzen und die entsprechenden Massnahmen ergreifen. Er hofft aber, dass das Budget heute Abend verabschiedet werden kann und dass dieses auch vom Volk abgesegnet werden wird. Die Suppe, welche heute eingebrockt wird, löf fle nicht mehr ich aus. Auch wenn ich dies nicht mehr verantworten muss, bin ich überzeugt, dass eine Kürzung des Sachaufwands um 3% möglich ist, ohne dass wichtige Dienstleistungen gestrichen werden müssten.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum **ändert ihren Antrag wie folgt ab. Der Sachaufwand der Sachgruppe 31 soll um 3% gegenüber dem Budget 2011 gekürzt werden.** Dies ergibt auf Direktionsstufe folgende Kürzungswerte:

- Präsidiales CHF 72'900.-
- Finanzen CHF 283'100.-
- Sicherheit CHF 120'900.-
- BSKD CHF 376'200.-
- Bau CHF 226'100.-
- **Total CHF 1'079'200.-**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Kürzungen auf Stufe Direktion auf die Abteilungen zu verteilen.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Forum, den Sachaufwand der Sachgruppe 31 gegenüber dem Budget 2011 um 3% zu kürzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Sitzungsunterbruch: 19.55 - 20.10 Uhr

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Möchte sich noch jemand äussern zur Debatte über die Sachgruppenezusammenzüge? Das ist nicht der Fall.

Diskussion pro Direktion:

Präsidialstab

Keine Wortmeldungen.

Finanzdirektion

Stöckli Schwarzen Heidi, GPK: Bevor ich zu den generellen Bemerkungen zur Finanzdirektion komme, möchte ich eine Berichtigung zum Bericht 20100045 betreffend des Voranschlags 2011 anbringen: Im Punkt 8, Direktionsergebnisse, tanzen bei der Finanzdirektion (8.1.2) ein paar Textzeilen aus der Reihe. Die Zahlen stimmen aber. Unter der Rubrik "Entschädigung an Gemeinwesen" sind die Passivzinsen aufgeführt, diese Rubrik müsste also "Passivzinsen" heissen. Bei den Entgelten sind die Abschreibungen aufgeführt, welche dieses Jahr kleiner ausfallen. Die Finanzdirektion erzielte einen Ertragsüberschuss und nahm unter dem Strich nicht weniger ein als letztes Jahr. Dies wären die Korrekturen zu diesem Papier.

Die GPK studierte die Einnahmen und Ausgaben. Es fällt auf, dass die Steuererträge höher budgetiert werden als 2010. Auch wenn sie etwa 5% tiefer sind als 2009, sind die Annahmen optimistisch geschätzt. Gemäss Gemeinderat ist dieser Optimismus verantwortbar, da letztes Jahr die Spezialfinanzierungen "Steuern juristische Personen" (SGR 660.91) und "Steuern natürliche Personen" (SGR 660.92) geschaffen wurden. Ich weiss nun nicht, ob der Stadtrat diesen Optimismus teilen will. Die Passivzinsen sind tiefer angesetzt als 2010. Dies hat damit zu tun, dass letztes Jahr sehr günstig Geld aufgenommen werden konnte. Mit diesem billigen Geld wurden die kurzfristigen Schulden abgestottert. Nun findet eine Umwandlung zwischen den mittel- und langfristigen Schulden statt. Die Abschreibungen fallen ebenfalls tiefer aus. Hier möchte ich die gestrige Aussage von Herrn Kaufmann korrigieren. Die tieferen Abschreibungen führen nicht zu rötteren Zahlen! Mit den tieferen Abschreibungen wurde auch ein geringeres Investitionsvolumen angenommen. Es beläuft sich auf knapp CHF 20 Mio. Wenn es eingehalten werden kann, wird sich die Stadt nicht weiter verschulden. Die Abschreibungen sind also im Verhältnis zu den Investitionen zu sehen. Der Ertragsüberschuss von fast CHF 8 Mio. ist eigentlich erfreulich. Er ist jedoch geschönt, da CHF 5 Mio. Buchgewinn aus der Spezialfinanzierung bereits eingerechnet sind.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Danke für die Würdigung durch die GPK. Betreffend der Steuereinnahmen wurde richtig gesagt, dass diese optimistisch budgetiert sind, dies unter Berücksichtigung der Spezialfinanzierungen Steuern juristische und natürliche Personen, welche vor anderthalb Jahren geschaffen wurden. Betreffend der juristischen Personen muss ich sagen, dass die Vorgabe aus dem Budget 2010 wohl nicht erreicht werden kann. Ein Teil der Spezialfinanzierung muss also bereits

im Jahr 2010 eingesetzt werden. Bei den natürlichen Personen hingegen bin ich aufgrund des Wachstums der Stadt und insbesondere dank dem Zuwachs an guten Steuerzahlenden zuversichtlich, dass die Zahlen erreicht werden können. Bei der Genehmigung der Rechnung 2010 könnte der Stadtrat allenfalls die Spezialfinanzierung umbenennen, welche für die natürlichen Personen geschaffen wurde, so dass sie später ebenfalls für die juristischen Personen eingesetzt werden könnte. Es gibt grosse Unternehmungen, die gar keine Steuern mehr bezahlen. Es gibt aber auch Unternehmungen, die immer noch gleich viel Steuern zahlen wie vor der Krise. Deshalb ist es zum jetzigen Zeitpunkt absolut unmöglich, verbindliche Angaben zu machen. In der Rechnung 2010 wird das budgetierte Ertragsvolumen bei den juristischen Personen jedoch wohl nicht erreicht werden.

Sicherheitsdirektion

Sutter Andreas, GPK: Martin Rüfenacht erwähnte bereits in der Eintretensdebatte, dass die GPK intensiv über die budgetierten Busseneinnahmen diskutierte. Die Meinungen gehen auseinander. Erstens ist es fraglich, ob eine stete Erhöhung dieses Betrags sinnvoll ist und zweitens sollte im Bereich Sicherheit nicht ein finanzielles Ziel, sondern die Sicherheit im öffentlichen Raum im Vordergrund stehen. Im Budget der Sicherheitsdirektion fällt sicher die Abgeltung an den Kanton auf. Dabei geht es um CHF 10 Mio., welche an Police Bern bezahlt werden. Meines Wissens kommt Biel damit relativ gut weg. Es kann viel Sicherheit für vergleichsweise wenig Geld bezogen werden. Ein dritter auffälliger Betrag, welcher heute fehlt, sind die Regulierungsrisiken beim ESB in der Höhe von CHF 3 Mio. Diese waren im Budget 2010 noch aufgeführt. Heute wird davon ausgegangen, dass sie 2011 nicht mehr nötig sein werden. Die GPK empfiehlt Annahme des Budgets der Sicherheitsdirektion.

Calegari Patrick, BVP: Ich habe eine Frage zu den Bussen. So wie ich das verstehe, geht es um Parkbussen, Rotlichtüberwachung und Radarkontrollen. CHF 6,685 Mio. geteilt durch 365 Tage ergibt CHF 18'315.- pro Tag! Wenn von einem Schnitt von CHF 100.- pro Busse ausgegangen wird, sind dies also jeden Tag 183 Bussen, die ausgestellt werden müssen, egal welches Wetter herrscht oder ob es ein Frei- oder ein Werktag ist. Monsieur Gurtner a dit, que le budget avait été sérieusement examiné. Ce chiffre est-il sérieux? Je pose la question à Madame Schwickert: comment peut-elle budgéter 18'315 fr. d'entrées d'amendes par jour? C'est incroyable! Si un jour aucune entrée n'a lieu, le lendemain il faut faire une recette de 36'000 fr.! Merci beaucoup pour la réponse.

Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin: Besten Dank für die gute Aufnahme. Wie der GPK-Sprecher erwähnte, wurde beim Energieservice (ESB) einiges klarer. Darüber ist die Sicherheitsdirektion froh. Ein Ziel der Finanzstrategie ist, zu versuchen, die Erträge des ESB für die Stadt zu halten. Dies ist auch in diesem Budget der Fall. Mit der Offenlegung der Abgaben an die Stadt ist der ESB nun ECom-konform und die CHF 3 Mio. für Regulierungsrisiken sind nicht mehr nötig. Ich finde es schwierig zu beurteilen, ob die Leistungen von Police Bern für Biel günstig sind. Grundsätzlich ist die Stadt zufrieden mit den Leistungen. Wie bereits gestern erwähnt, konnte der Stellenetat durch den Einkauf der Leistungen bei Police Bern erhöht werden, ohne mehr aufzuwenden als früher für die gemeindeeigene Polizei.

So gesehen wurden diese Leistungen also etwas günstiger. Ich würde diese Rechnung so aber nicht machen.

Nun zu den Bussen: es handelt sich wirklich um einen riesigen Schritt, insbesondere auch, wenn die Beträge mit denjenigen der Rechnung 2009 verglichen werden. Es wurden Befürchtungen geäußert, dass dieses Budgetziel nicht erreicht wird. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, diesen Betrag in der Rechnung zu erreichen. Ich finde es störend, grosse Abweichungen wie 2009 vorweisen zu müssen. In Relation zu den effektiv zur Verfügung stehenden Ressourcen wurde damals viel zu hoch budgetiert. Was ist heute anders? Gestern wurden 1,7 Stellen im Bereich Radar- und Rotlichtüberwachung bewilligt. Wären diese Stellenschaffungen nicht erfolgt, hätte dies CHF 1,7 Mio. weniger Erträge zur Folge. Dem Stellenplan konnte gestern auch entnommen werden, dass der Gemeinderat bereits in eigener Kompetenz zwei provisorische 100%-Stellen im Bereich ruhender Verkehr schaffte. Auch hier darf dadurch mit zusätzlichen Einnahmen von rund CHF 500'000.- gerechnet werden. Ein drittes Element ist, dass die durch das Abkommen mit der Securitas bedingten Mehreinnahmen für den ruhenden Verkehr im Budget 2009 entsprechend angepasst wurden. Auch dort ist mit Zusatzeinnahmen von rund CHF 500'000.- auszugehen. Damit würden also CHF 2,7 Mio. mehr eingenommen als 2010 budgetiert.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es sinnvoll ist, Bussen zu budgetieren. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Bussenerträge wahrscheinlich eingehen werden, wenn die aufgezeigten Massnahmen ergriffen werden. Somit ist es nichts als fair, diese Einnahmen auch zu budgetieren. Sonst tauchen sie erst in der Rechnung auf. Gemeinde- und Stadtrat haben also Massnahmen ergriffen, um das Budgetziel zu erreichen. Ich finde es gerechtfertigt, diese Einnahmen zu budgetieren. Bei den budgetierten Beträgen handelt es sich um Erfahrungswerte. Sie sind nicht nur über den Daumen gepeilt. Es kann nun gesagt werden, irgendeinmal seien die Busseneinnahmen ausgereizt. Die von Herrn Calegari genannten Zahlen sind tatsächlich eindrücklich. Hat Biel in Sachen Busseneinnahmen bereits das Optimum herausgeholt? Ist Biel eine Stadt, die viel Bussen austeielt? Der Gemeinderat machte einen Vergleich zwischen sieben verschiedenen Städten. Biel liegt bei diesem Vergleich am Schluss. Pro EinwohnerIn und Jahr werden am wenigsten Bussen eingenommen. Zürich hat den Spitzenplatz inne und erwirtschaftet praktisch doppelt so viele Busseneinnahmen. Es steht also nicht so schlimm um Biel. Die budgetierten Einnahmen sind verantwortbar. Sie basieren auf Erfahrungswerten und der Städtevergleich zeigt, dass Biel nicht im luftleeren Raum agiert. Ein Akzent wird ja neu bei der Geschwindigkeitsmessung in den Quartieren gesetzt. Nun hoffe ich, dass ich alle Fragen beantworten konnte und dass der Stadtrat dem Budget der Sicherheitsdirektion zustimmen wird.

Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion

Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion: Le budget de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture est toujours le plus important de la Ville. C'est aussi celui qui dépend le plus des finances cantonales. Il n'y a rien de neuf. Les craintes de réductions des finances cantonales ne se sont pas réalisées pour 2011 et globalement, il n'y a donc pas de gros changement dans le budget de la direction. Nous constatons une diminution des charges d'environ

7 mio.fr., mais également une diminution des revenus de 9 mio. fr. Cela est dû à deux grands changements dans les financements cantonaux. D'une part, Spitex sera géré directement et sans intermédiaire par la Direction cantonale de la santé et d'autre part, les quatre homes municipaux seront, dès 2011, gérés comme des entreprises autonomes, suite à la mise en application de la Loi fédérale du 13 juin 2008 sur le nouveau régime de financement des soins. Le Président de la Commission de gestion a déjà mentionné le postulat "Avenir des homes publics biennois: quelle forme juridique dès 2011?", qui a été déposé hier. Le Conseil de ville pourra en débattre dans les mois à venir.

Ce budget respecte le plafond décidé par le Conseil municipal, à savoir 88,5 mio. fr. Cela a été possible grâce à la réduction des charges générales, la suppression de certaines subventions non liées et aux renoncements de certaines dépenses. Les postes et domaines prioritaires, en rapport avec la qualité de Bienne, sont respectés. Par contre, c'est important de le mentionner, il n'y a aucune nouvelle subvention ou augmentation de subvention, à l'exception de Djamba, projet en Vieille Ville concernant l'insertion par le travail de jeunes toxicomanes (15'000 fr.) et pour le Parcours culturel (30'000 fr.).

J'aimerais encore mentionner une chose importante, au vu des débats échangés jusqu'à maintenant. Il y a eu un certain nombre de réorganisations dans les services concernés, notamment le fait que la direction s'est attachée à réfléchir, avant même de demander de nouveaux subsides ou des transferts de tâches, par exemple avec le Département du sport. Un nouveau concept de sport pour la Ville a été mis en place. Une réorganisation est actuellement en cours, suite au départ à la retraite de son responsable Monsieur Jean-Pierre von Kaenel, après 32 ans de loyaux services. Je profite de l'occasion pour le remercier chaleureusement. Dès le 1^{er} janvier 2011, Madame Gabi Schibler reprendra le flambeau. Un autre service s'est organisé dans la direction, celui de la jeunesse et des loisirs. Des transferts internes de postes ont eu lieu. Je souligne l'ouverture de deux nouveaux centres de jeunes, dans le quartier de Madretsch en face de l'école primaire et de l'école des Platanes ainsi qu'à Boujean. J'aimerais également remercier ce soir une personne importante, Monsieur Urs Zysset. Il prend sa retraite à fin octobre. Ce sont donc ses derniers jours de travail. Monsieur Urs Zysset est un monument de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Il a accompli de nombreuses tâches dans l'ombre et a conduit plusieurs projets dans les différents services. Il termine maintenant et a déjà un remplaçant. Il s'agit de Monsieur Emanuel Amrein. Messieurs Jean-Pierre von Kaenel et Urs Zysset, j'aimerais vous souhaiter une retraite active et pleine de nouveaux projets et surtout un grand merci!

Je ne peux pas m'empêcher de constater l'effervescence de cette direction, sa capacité à poursuivre des engagements de longues durées dans des secteurs vitaux et indispensables au maintien de la qualité de vie de la population de Bienne, tout en soumettant régulièrement ses services à des remises en question, au niveau de la qualité, de l'efficacité et autres critères. Nous aurons certainement l'occasion d'avoir un exemple ces prochains mois. Au nom de la Commission de gestion, j'aimerais remercier tout le personnel de la direction et des différents services pour l'énorme travail fourni lors de cet exercice budgétaire. La Commission de gestion vous propose d'accepter la proposition du Conseil municipal, sans modification. Merci de votre attention.

Simon Fatima, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Conseil municipal a décidé de ne pas proposer la poursuite de la prise en charge des 50% du tarif pour les structures d'accueil extrafamilial. Nous voyons aujourd'hui, ce que cela signifie pour les familles, du point de vue des charges financières. Les familles doivent assumer environ 1 mio fr. de plus de charges, soit 556'600 fr. pour les crèches, 280'000 fr. pour les classes gardiennes et les cantines scolaires, 57'000 fr. pour les mamans de jour, 83'000 fr. pour les crèches de la Fondation femmes et enfants et 20'000 fr. pour la crèche de l'Étoile du Ried. Ces charges se rajoutent à celles des primes de caisses maladie. Le Canton de Berne a sorti un rapport afin de lutter contre la pauvreté. Une première mesure serait de baisser le tarif des structures d'accueil extrafamilial, car nous sommes persuadés, qu'il a des conséquences sur les réserves dans le budget de nombreuses familles. De ce fait, les deux parents doivent exercer une activité professionnelle, afin de pouvoir faire face aux dépenses.

La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture met en place un nouveau centre de jeunesse, qui engage des stagiaires. J'aimerais savoir combien de postes le Canton subventionne pour les activités concernant la jeunesse. Ces structures sont-elles financées seulement en engageant des stagiaires? La Ville finance-t-elle ce genre de prestations avec l'engagement des stagiaires? Merci.

Chevallier Barbara, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste est content du budget 2011 de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Nous craignons des coupures dans les subventions culturelles et sociales, dans le personnel ou dans les mesures d'accompagnement dans le social et la formation. Cependant, il n'en est rien, au contraire les subventions sont maintenues. La subvention au projet Djamba (compte no 36559500) est augmentée et le Parcours culturel (compte 36540401) est intégré, par le biais d'un contrat de prestations. Cet engagement financier pour des projets favorisant l'ouverture et la cohésion sociale réjouit le Groupe socialiste. Concernant le personnel, les postes défendus l'année passée et hier soir encore pour la Direction Écoles & sport et pour le Service de la Protection de la jeunesse et des adultes, sont maintenus. Si pour certains ces postes ne font qu'engraisser la bureaucratie, d'autres personnes, toutes aussi proches du terrain, réclament cet appui professionnel et administratif. Il est vrai que l'on ne peut être à la fois au four et au moulin! Les mesures prises afin de renforcer l'encadrement de la petite enfance et l'école de jour sont également maintenues. Vous l'aurez constaté comme nous, le nombre de places de crèche est en nette augmentation, c'est ce que le Groupe socialiste demandait. Actuellement, dans ce domaine, ce n'est pas le moment de baisser les bras.

Le Groupe socialiste considère que ce budget est raisonnable et en accord avec les objectifs politiques fixés pour cette législature par la Ville de Bienne elle-même. Il y a plus de détails dans les chiffres de ce budget, par le biais des transferts d'écritures d'un compte à un autre, d'ajustement des chiffres sur la base des comptes 2009 et de la nouvelle répartition des coûts pour le personnel, en particulier le Département Écoles & sport, de jeunesse et loisirs et de l'école de jour. Nous constatons une volonté de la part de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, d'améliorer la transparence des dépenses et des recettes, ainsi que le souci dans la redistribution des postes, d'améliorer l'efficacité de l'Administration dans ce domaine. C'est également un effort que le Groupe socialiste aimerait saluer.

Il y a cependant des chiffres interpellants, en particulier pour le poste de l'Agence AVS. On constate, que seul 100'000 fr. sont budgétés pour les allocations spéciales selon le décret et ceci en raison des modifications de la Loi cantonale sur les financements des soins (RSB 841.311), dorénavant entièrement financés par les prestations complémentaires. La Ville n'a aucune influence sur cette décision et sur cette somme, mais nous nous demandons ce que cela signifiera pour la Ville, les homes et le financement pour les personnes âgées.

Un déficit d'environ 500'000 fr. est budgété pour le home de la Suze (compte 891, page 117). Après vérifications, ce déficit est dû à l'obligation pour ce home, nouvellement bâti, de rembourser la Direction de la santé cantonale pour les amortissements et intérêts, qui ne sont plus admis à la répartition des charges. Ce déficit va se répéter sur plusieurs années et cela inquiète le Groupe socialiste. Hormis ces questions, nous aimerions remercier la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture pour le budget présenté. Ce budget correspond à notre volonté de maintenir un engagement fort de la Ville en matière de culture, de formation et d'intégration sociale, dans une période économiquement difficile et dont les bénéficiaires sont souvent les personnes, qui subissent la crise économique et les tensions sociales de plein fouet. Je vous remercie.

Grünenwald Samuel, au nom du Groupe Forum: Le Groupe Forum a aussi analysé le budget de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Comme cela a déjà été dit par la Commission de gestion, nous constatons que le budget 2011 est de 6'975'000 fr. inférieur à celui de 2010. Nous trouvons encore et toujours la dépense totale trop élevée. Il s'agit de la conséquence de la politique poursuivie par la majorité politique de notre Ville. Il en résulte, comme cela a déjà été cité, 88,5 mio. fr. net à charge de la Ville de Bienne. Par rapport au budget 2010, il est en hausse d'environ 3 mio. fr., mais aussi de 8,744 mio. fr. par rapport aux résultats des comptes 2009.

La formation, la prévoyance sociale et la culture ont leurs coûts et leurs utilités. Une grande partie des dépenses, dont certaines sont impératives, répondent à de réels besoins. Nous devons nous poser la question si ces dépenses doivent impérativement et continuellement suivre une courbe ascendante. N'y a-t-il pas un moyen de mieux gérer cette évolution? Le Groupe Forum pense que c'est possible. Cela implique cependant une gestion active et très serrée de tous les dossiers de cette direction mammoth. La grandeur de cette direction a également été mentionnée par la Commission de gestion. Depuis trois ans déjà, nous attirons l'attention du Conseil municipal concernant cette évolution, qui est dangereuse à nos yeux. En effet, elle met en danger les moyens d'investissement de notre Ville. Nous l'avons constaté dans les discussions d'hier et de ce soir. Cela crée un climat sécuritaire difficilement gérable, provoquant une image peu enviable, voir repoussante pour les personnes comme pour les entreprises désireuses de s'établir à Bienne. Une nouvelle répartition des responsabilités avec l'introduction des structures 2013 est non seulement souhaitable, mais nécessaire. Les conclusions tirées par notre analyse sont les suivantes:

- Cette direction doit mieux contrôler ses dépenses.
- Elle doit être réorientée dans sa structure et ses coûts.

- Les subventions accordées, lesquelles s'élèvent à plus de 110 mio. fr., plus de 6,5 mio. fr. par rapport aux comptes 2009, doivent être stabilisées voir revues à la baisse.

Cela veut dire un changement de pensées sociales, sous toutes ses formes, voir un changement d'orientation politique. Si le Conseil de ville ne peut pas le faire, alors les conditions financières et économiques dicteront par elles-mêmes le changement de direction, que le Groupe Forum demande depuis fort longtemps et avec insistance. Pour terminer, nous remercions la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture ainsi que tout son personnel pour les travaux effectués jusqu'à ce jour ainsi que pour leur engagement total actuel et à l'avenir, même si les temps s'annoncent plus pénibles. Merci.

Liechti Gertsch Teres, SP: Ich spreche als Einzelsprecherin, sage aber als Mitglied der überparteilichen Kulturgruppe etwas zu deren Haltung gegenüber dem Budget 2011 der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion (BSKD). Die überparteiliche Kulturgruppe sieht sich während den Budgetdebatten oft dazu veranlasst, Anträge zu stellen, das Budget für gewisse Kulturinstitutionen zu erhöhen. Diese Anträge werden vom Stadtrat regelmässig gutgeheissen. Dieses Jahr stellt die Gruppe keinen Antrag, hat aber trotzdem ein wichtiges Anliegen, welches sie als parlamentarischer Vorstoss einreichte. Der Stadtpräsident hat diesen gestern bereits im Verlauf der Eintretensdebatte erwähnt. Es geht um die sieben Kulturinstitutionen von grosser Bedeutung, also um die Bibliothek, das Théâtre français, das Sinfonieorchester, das Stadttheater, die drei Museen Neuhaus, Schwab und PasquArt. Wie gesagt stellt die überparteiliche Kulturgruppe keinen Antrag, das Budget für diese Institutionen zu erhöhen, da die Subventionsperiode noch andauert. Die Spielregeln können nicht mittendrin geändert werden. Für 2012 - 2015 fordert die überparteiliche Kulturgruppe den Gemeinderat jedoch auf, die Subventionspolitik so zu gestalten, dass diese sieben Institutionen überleben können. Sie erbringen kulturelle Leistungen im Dienste der Stadt. Das Personal soll anständig entlohnt werden können. Ein entsprechender Vorstoss wurde gestern von der überparteilichen Kulturgruppe eingereicht. Die Verhandlungen zu diesen Fragen beginnen bereits im kommenden November. Die überparteiliche Kulturgruppe fordert den Gemeinderat auf, bei der Fusion zwischen Sinfonieorchester und Stadttheater eine Lösung zwischen Variante A und B zu finden, welche das Sinfonieorchester als solches überleben lässt und dieses nicht zu einem Kammerorchester degradiert. Zu diesen sieben Institutionen muss Sorge getragen werden! Sie tragen zur Standortattraktivität von Biel bei. Stadt- und Gemeinderat schmücken sich gerne damit, dass Biel nicht ein seelenloses Gefüge ist. Dazu braucht die Stadt eine Bibliothek, Museen, Theater und Musik. Dies weiss der Gemeinderat und er nennt es in den Fact sheets des Stadtmarketings. Auch heute Abend sprach der Stadtpräsident davon, wie wichtig es sei, dass die Bevölkerung wächst und dass die Stadt gute Steuerzahler anziehen kann. Diesen muss etwas geboten werden. Auch die Stiftungsräte der sieben Institutionen stehen hinter dem Vorstoss der überparteilichen Kulturgruppe. Sie möchten eine Perspektive haben und zu annehmbaren Bedingungen arbeiten können. Ohne zukunftssträchtigen Finanzrahmen werden kompetente Leute Biel verlassen.

Fischer Pascal, Fraktion BVP plus: Immer wieder bin ich überrascht, wieviel Geld die BSKD ausgibt. Mir fiel auf, dass die Gesamtespenen der Stadt CHF 2,4 Mio. betragen. Davon gehen CHF 2,1 Mio. zu Lasten der Bildungs-, Sozial- und

Kulturdirektion (BSKD)! Gestern sprach ich mit Herrn Moeschler darüber. Er sagte, in seiner Abteilung seien etwas über 400 Mitarbeitende beschäftigt. Dies ergibt im Schnitt CHF 5'250.- Spesen pro MitarbeiterIn! Soviel bekomme nicht einmal ich, und ich arbeite im Aussendienst! Ich möchte eine Antwort darauf, weshalb bei der BSKD so viele Spesen anfallen.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture est au centre de la vie des biennoises et des biennois. C'est la raison pour laquelle, très souvent, beaucoup d'émotion l'entoure, l'accompagne, la soutienne ou au contraire, la met sous le feu de la critique. J'ai senti dans vos interventions un peu de ces émotions. Je vous en remercie et saurai transmettre aux collaboratrices et collaborateurs les remerciements exprimés, particulièrement ceux pour Messieurs Zysset et von Kaenel, qui nous quitteront bientôt.

Monsieur Grünenwald, vous avez posé les questions fondamentales sur ces dépenses tellement gigantesques de la direction. Vous avez pris de la distance, par rapport aux différents comptes, pour dire qu'effectivement, il y avait des sommes colossales. Vous avez demandé un contrôle plus serré de ces dépenses et des structures différentes, afin que ces dépenses soient mieux maîtrisées. Monsieur Grünenwald, il faut savoir qu'on ne peut pas prendre ces chiffres à la lettre, dans le sens des dépenses municipales. La plupart des dépenses sont des dépenses de l'aide sociale individuelle ou institutionnelle. Ces deux domaines sont cantonaux. Ils apparaissent dans notre budget sous les dépenses, mais aussi sous les recettes. C'est la raison pour laquelle, il est très difficile de prévoir des économies dans le domaine des subventions. Qui dirait supprimer certaines prestations, dirait aussi renoncer aux revenus. Chacune de ces dépenses est négociée avec le Canton, en fonction de l'ampleur des tâches de cette institution. Le Canton décide s'il est d'accord avec tel ou tel plafond et ensuite il le finance. Cela ne fait que transiter par le budget car nous avons un contrat de prestations. Ceci va naturellement se terminer le jour où, Spitex par exemple, sera définitivement "cantonalisé". Des possibilités d'interventions sur le budget des Affaires sociales (aide sociale institutionnelle et individuelle), en incluant aussi la Protection de la jeunesse et des adultes, n'est pas contrôlable, au sens d'une maîtrise du budget municipal.

Monsieur Fischer parle des "Spesen". Il faut savoir que le mot "Spesen" n'est pas ce que vous imaginez, c'est-à-dire, je pars à Berne, je finance mon train et je vais manger à Berne, je finance mon repas. Il y a sous le poste "Spesen" toutes sortes de dépenses, qui n'ont rien à voir avec des "Spesen". Par exemple, pour les écoles, cela concerne les courses d'écoles, les semaines hors-cadre, etc. Il faudrait voir le détail de ces dépenses, pour pouvoir porter un jugement concernant l'ampleur de la dépense. J'aurais préféré que vous me posiez la question en avance, j'aurais ainsi pu vous répondre de manière plus détaillée.

Madame Liechti Gertsch fait des remarques pour le budget 2012. C'est bien d'avoir un peu d'avance sur les autres! Madame Liechti Gertsch montre par là, qu'elle est absolument visionnaire. Pour moi, ce n'est pas maintenant le moment de lui répondre. Nous répondrons naturellement à l'intervention parlementaire du Groupe de la culture.

Madame Morier-Genoud a fait des remarques par rapport aux homes. Le domaine des homes est, sur le plan administratif, en pleine transformation. J'aurai l'occasion de répondre en détail à cette question, par rapport au postulat 20100308 déposé par la Commission de gestion. La Loi fédérale sur le financement des soins exige une autre structure et la Loi cantonale s'y est adaptée. Les homes municipaux devront, à l'avenir, être traités sur le plan des finances de façon identique aux homes privés, de telle manière qu'à l'avenir, ce sera impossible pour les communes de fournir des subventions aux homes. Lorsqu'un home fera un bénéfice, il sera impossible de faire disparaître ces bénéfices dans les comptes de la commune. Cela signifie qu'à l'avenir, les homes constitueront un financement totalement autonome dans le budget, avec aucune perméabilité avec le budget lui-même. C'est la raison pour laquelle, il faudra encore payer des sommes d'amortissement au Canton pour le home de la Suze. Cela va coûter 500'000 fr. D'où viendra cet argent me demanderez-vous? Il faut savoir qu'à l'avenir, chaque personne placée dans un home payera une part, fixée par le Canton à 34 fr.55, aux frais d'investissement. La facture de chaque individu dans un home va augmenter de 34 fr.55 par jour. Cette somme devra servir à financer les investissements, y compris les nouveaux bâtiments, l'entretien des bâtiments, etc. Vous me direz, qu'il sera impossible pour les pensionnaires de payer des sommes pareilles. Il est prévu que tout cela soit pris en charge par les prestations complémentaires de l'AVS. Ces modifications sont des modifications de droit supérieur. Elles n'ont pas suscitées dans la population et dans la classe politique des débats passionnés.

Le Département jeunesse et loisirs, avec la création des centres de quartier, a été mentionné. La création de ces centres de quartier correspond à une stratégie très claire. Il faut être présent auprès des jeunes, là où ils se trouvent et pas seulement au centre-ville, d'où l'ouverture d'un centre à Madretsch et à Mâche, de même qu'à Boujean la semaine prochaine. Je vous invite cordialement à l'inauguration de ce centre. Une question a été posée par rapport aux stagiaires et au personnel. L'entité du personnel du secteur jeunesse et loisirs est admis à la répartition des charges. Il y a environ sept ou huit postes. Nous avons recours à des stagiaires en formation, pour aider le personnel impliqué.

Vous avez dit ce soir, à plusieurs reprises, que la gauche n'était pas prête à prendre des mesures d'économies. Je voudrais simplement vous rappeler, que le rabais sur les tarifs des écoles de jour a été supprimé et que cela a abouti à un gain de 500'000 fr. sur le budget de l'année prochaine. Ces 500'000 fr. seront à l'avenir à la charge des parents, ce qui peut être considéré comme regrettable. J'ai pour ma part plaidé en faveur de cette mesure, afin que les tarifs des écoles de jour de la Ville de Bienne soient les mêmes que ceux pratiqués dans le Canton. Une des craintes par rapport à cette suppression de rabais est que les parents auraient moins recours au service des écoles de jour. Ce n'est pas le cas, la demande est la même que précédemment. Je vous remercie de votre attention.

Nicati Alain, PRR: J'ai quelques réflexions concernant le domaine de la culture. Au printemps ou en été de l'année prochaine, la culture va nous donner un paquet de soucis, dont le Groupe de la culture a attaqué et où il ne voit pas très bien la sortie! Dans le domaine culturel, il y a une concurrence toujours plus forte. Les personnes qui oeuvrent pour la culture doivent s'engager davantage et de ce fait, les prestations doivent augmenter de valeur. L'augmentation de valeur concernera les finances. Le

Conseil de ville sera placé, en mai-juin prochain, devant un problème global de la culture, qui sera extrêmement difficile à résoudre. Ce problème devra être résolu, car Bienne ne veut pas être une Ville, où les habitants ont une maison, de l'herbe autour et vivent heureux. La vie ne s'arrête pas là. Elle s'arrête après la culture et non pas avant! Je vous remercie de votre attention.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Monsieur Nicati a raison de rappeler le domaine de la culture, en fonction de la situation financière. Je vous rappelle, que le Conseil municipal a fixé des objectifs assez serrés en la matière. Il a demandé de travailler à la restructuration de l'Orchestre et du Théâtre, avec un niveau de subventionnement identique à ce qu'il est. En lisant la presse, vous avez pu constater que de telles décisions étaient impopulaires et à quel point, pour l'Orchestre et pour le Théâtre, cette politique austère a des conséquences très graves, en particulier en ce qui concerne le personnel. Je voudrais vous rendre attentif à cela. Je crois qu'en fonction de ce qui a été dit ce soir, en particulier de la part des partis bourgeois, il n'y a pas de possibilités, pour le Conseil municipal, d'avoir beaucoup plus de générosité que cela, vu que nous ne connaissons pas la situation financière qui règnera l'année prochaine. Ces prochains jours, nous devons définir le niveau de financement pour les années 2012, 2013, 2014 et 2015. Je vous demande un peu de compréhension pour le Conseil municipal dans la conduite d'une politique austère en la matière. Néanmoins, le Conseil municipal sera toujours prêt à réfléchir à chaque dossier individuellement et à ne pas imposer une politique complètement rigide en la matière. Je vous remercie de votre attention.

Liechti Gertsch Teres, SP: Herr Moeschler, dies ist ja genau der Grund, weshalb ich vorhin mein Votum hielt! Ich war visionär und sprach vom nächsten Budget. Der Vorstoss der überparteilichen Kulturgruppe ist nicht dringlich, da es keinen Sinn macht, wenn die Antwort in nur zwei Monaten übereilt erfolgt. Die überparteiliche Kulturgruppe weiss aber, dass mit den Arbeiten für das nächste Budget im November begonnen wird. Deshalb reichte sie den Vorstoss jetzt ein. Er muss vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und beantwortet werden. Was mich betrifft, vertrat ich nie eine Sparpolitik ohne nachzudenken. Im Vorstoss werden klare Forderungen gestellt. Die überparteiliche Kulturgruppe hegt Erwartungen.

Baudirektion

Strobel Salome, GPK: Bei der Baudirektion bleiben die Zahlen im Vergleich mit dem Vorjahr fast gleich. Der GPK fiel auf, dass die Zahlen des Unterhalts für die städtischen Liegenschaften nach den Diskussionen vom letzten Jahr aus dem Budget 2010 übernommen wurden. Dies jedoch nur fast - CHF 10'000.- wurden doch noch gekürzt. Der Stadtrat betonte schon mehrmals, dass die Stadt genügend Geld für den Unterhalt ihrer Liegenschaften budgetieren muss. In diesem Bereich sind keine Sparübungen angebracht. Es stellt sich deshalb wie im Vorjahr die Frage, wieviel der Stadt der Unterhalt ihrer Gebäude wert ist. Weiter fiel der GPK auf, dass die Stelle des Fachbereichsleiters Verkehr auf der Abteilung Infrastruktur, Tiefbau nach wie vor nicht besetzt ist. Wie geht der Gemeinderat mit dieser Vakanz um? An ihrer letzten Sitzung nahm die GPK Kenntnis vom Gemeindebeitrag öffentlicher Verkehr. Sowohl Herr Stöckli als auch Herr Rüfenacht nahmen gestern vorweg, dass dieser höher

ausfällt als budgetiert. Die GPK informiert hiermit den Stadtrat darüber, dass der aktuelle Budgetbetrag um CHF 453'700.- überschritten wird. Sie wird das Budget der Baudirektion aber nicht nachbearbeiten. Vielmehr möchte sie vom Gemeinderat Klarheit darüber erhalten, wie er mit dieser Budgetüberschreitung umgehen wird. Zudem möchte sie wissen, ob diese Zahlen der Baudirektion bei der definitiven Verabschiedung des Budgets bekannt waren.

Augsburger-Brom, Fraktion SP: Als erstes möchte ich allen, die am Budget 2011 mitgearbeitet haben, für ihren Einsatz und ihre Arbeit danken. Wie erwartet, ist es ein straffes Budget. Natürlich wäre eines mit positivem Abschluss wünschenswert. In Anbetracht der aktuellen Finanzlage war die Fraktion SP aber auf ein noch schlimmeres Ergebnis gefasst. Im Budget der Baudirektion wurde richtigerweise darauf geachtet, die Einsparungen nicht primär bei den Ausgaben zu erzielen. Vielmehr wurde ein ausgeglichenes Budget mit einem Minus bei den Ausgaben und einem Plus bei den Einnahmen erzielt. Dabei wurden keine wichtigen Investitionen und Projekte gestrichen. Der Aufwand wurde gegenüber dem Budget 2010 um CHF 175'600.- gekürzt. Dabei handelt es sich unter anderem um Einsparungen von CHF 73'200.- beim Personal und CHF 19'200.- beim Sachaufwand. Bei den Spezialfinanzierungen sollen CHF 187'400.- weniger Einlagen getätigt werden. Der Ertrag ist um CHF 418'200.- tiefer budgetiert als im Vorjahr. Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen bleiben auf dem gleichen Stand wie im Vorjahr. Anpassungen wurden mehr oder weniger regelmässig auf alle Direktionen verteilt. Anlass zur Diskussion gaben in der Fraktion SP personalpolitische Fragen sowie Fragen zum Werkhof. Diese Fragen wurden der Direktion gestellt und zur Zufriedenheit der Fraktion SP beantwortet. Die Fragen betreffend dem Personal sollen mit der Verwaltungsreform 2013 definitiv beantwortet werden. Beim Werkhof sind zusätzliche Anschaffungen wie Mobilien nötig. Beim Gebäudeunterhalt erfuhr die Fraktion SP, dass in einer ersten Lesung eine Erhöhung um 10% vorgesehen war. Aus Spargründen kam der Gemeinderat in einer zweiten Lesung auf den Stand von 2010 zurück. Der Wille wäre da gewesen, aber die finanzielle Vernunft siegte. Somit macht es keinen Sinn, bei diesem Konto auf einer Erhöhung zu beharren. Das Konto 361.94500 (Kanton Bern, Amt für öffentlichen Verkehr) muss noch um CHF 453'700.- erhöht werden. Die Fraktion SP hat Verständnis dafür, dass dieser Betrag nicht zum Voraus genau kalkuliert werden konnte, da von Erfahrungswerten ausgegangen werden muss. Trotzdem möchte die Fraktion SP vom Gemeinderat wissen, welche budgetpolitische Lösung er vorschlägt.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich danke für die Zustimmung zum Budget der Baudirektion. Richtigerweise wurde von der GPK festgestellt, dass weniger Aufwand budgetiert wurde als im Vorjahr. Die Baudirektion gibt sich nach wie vor Mühe, mit den vorhandenen Mitteln den Gebäudeunterhalt zu gewährleisten. Aus Spargründen wurde dieser Budgetposten aber auf gleicher Höhe wie 2010 plafoniert. An sich sollte dies ausreichen, wenn die Mittel optimal und zielgerichtet eingesetzt werden. Die Stelle des Verkehrsingenieurs ist im Budget nach wie vor vorgesehen, jedoch ohne Betrag. Es dürfte dem Stadtrat bekannt sein, dass während rund einem halben Jahr ein Verkehrsingenieur auf der Baudirektion arbeitete. Er arbeitet nun auf Honorarbasis für die Stadt. Deshalb wird die vorgesehene Stelle im Moment nicht wieder besetzt. Im Hinblick auf die Verwaltungsreform 2013 wäre es aber auch nicht opportun, diese gänzlich zu streichen.

Zu den Gemeindebeträgen an den öffentlichen Verkehr: es ist effektiv so, dass der Gemeinderat erst nach der Verabschiedung des Budgets über die tatsächliche Höhe dieses Betrags informiert wurde. Im Budget stützte er sich auf Erfahrungswerte. Der Stadtrat muss nun einfach zur Kenntnis nehmen, dass dieser Budgetposten CHF 453'700.- höher ausfallen wird. Was kann der Gemeinderat tun? Selbst wenn der Budgetposten nicht erhöht wird, muss er die Rechnung bezahlen. Dazu wird der Gemeinderat einen gebundenen Nachkredit sprechen müssen. Sinnvoller und korrekter wäre es natürlich, wenn der Budgetposten jetzt erhöht würde. Diesen Antrag kann ich aber nicht selber stellen, er müsste aus dem Stadtrat kommen. Natürlich würde sich das Budget entsprechend verschlechtern, da eine Kompensation kaum möglich sein wird.

Strobel Salome, GPK: Die GPK stellt den Antrag, das Konto 500.36194500 (Seite 91) um CHF 453'700.- zu erhöhen.

Abstimmung

über den Änderungsantrag der GPK, das Konto 500.36194500 (Seite 91) um CHF 453'700.- zu erhöhen.

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Sonderrechnungen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

über den Voranschlag

Der Stadtrat von Biel, gestützt auf Art. 12 Ziffer 2 Buchstabe a der Stadtordnung, **beschliesst** mit 28 Ja- zu 22 Neinstimmen bei 1 Enthaltung den Stimmberechtigten der Annahme des folgenden

Gemeindebeschlusses

zu empfehlen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme von der Botschaft des Stadtrates vom 20./21.10.2010, gestützt auf Art. 12 Ziffer 2 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996, beschliesst:

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2011 wird genehmigt.
2. Im Jahre 2011 werden folgende unveränderte Gemeindesteuern erhoben:
 - a) Das 1,53-fache der kantonalen Einheitssätze auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital);

- b) Eine Liegenschaftssteuer, die mit 1,5 ‰ des amtlichen Wertes unverändert veranschlagt wird;
 - c) Eine Hundetaxe von CHF 100.--.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

204. 20090238 Vision "AGGLOlac"

Rüfenacht Martin, GPK: Heute hat der Stadtrat die Möglichkeit, Geschichte zu schreiben. Worum geht es? Es geht um Zusatzabklärungen zur Machbarkeit der Vision AGGLOlac und um einen entsprechenden Kredit von CHF 150'000.-. Es geht auch um die Kenntnisnahme der Eckwerte für das Ausschreibungsverfahren. Dann geht es darum, dass der Gemeinderat gehalten ist, dem Stadtrat bis spätestens Ende 2010 ein Reglement über die interkommunale stadträtliche Kommission vorzulegen. Dieses Reglement ist in Arbeit und die GPK wird noch darüber diskutieren können. Ein gewisses Tempo wird vorgegeben. Als viertes wird bis Mai 2012 ein Kreditantrag gestellt für Zusatzabklärungen betreffend Machbarkeit der Vision AGGLOlac und für die nachfolgende Planungsphase. Als fünftes wird dem Stadtrat je ein Vertrag über den Werte- und Risikoausgleich zwischen den Einwohnergemeinden Nidau und Biel und für die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner unterbreitet. Es handelt sich um ein grosses Geschäft. Einfach ausgedrückt geht es um vertiefte Abklärungen und um die Zusammenarbeit zwischen Biel und Nidau. Es werden Spielregeln aufgestellt und der Informationsfluss zwischen den beiden Stadträten Biel und Nidau wird festgeschrieben. Es geht darum, dass zwei ungleich grosse Partner in einem Projekt, welches mindestens regionale Bedeutung hat, auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten können. Aus der Planung war ersichtlich, was im ehemaligen Expo-Park alles möglich wäre. Die dargestellten Lösungen faszinieren und die Bilder machen Lust auf mehr. Beide Gemeinden haben Entwicklungspotenzial, welches umgesetzt werden muss. Nüchtern ausgedrückt geht es heute darum, zusätzlich zu den vom Gemeinderat bereits in eigener Kompetenz bewilligten CHF 297'000.- weitere CHF 150'000.- zu genehmigen, damit eine vertiefte Machbarkeitsstudie, die Eckwerte des Ausschreibungsverfahrens, die Risiken, die Zusammenarbeit, der Zeitplan und die Meilensteine dargestellt werden können. Es soll Klarheit und Einigkeit geschaffen werden über den Ausgleich der Werte und Risiken zwischen Biel und Nidau. Natürlich geht es noch um viel mehr, als in diesem Papier steht. Wenn zwei Partner auf gleiche Augenhöhe kommen wollen, geht es auch darum, dass der Grössere ein bisschen herunter kommen muss und der Kleinere die Chance bekommt, etwas zu wachsen. So könnten beide Partner ihre Rolle akzeptieren. Dies ist nicht selbstverständlich. Oft entstehen solche Zusammenarbeiten aus der Not. In diesen Fällen muss der Kleine aufgeben und der Grössere schluckt ihn. Dies ist aus der Wirtschaft bekannt. Im Fall AGGLOlac ist dies jedoch nicht so. Es besteht keine Not. Vielmehr ist es eine echte Chance, dass zwei in der Region bedeutende Gemeinden zusammenarbeiten können.

Ist das Projekt AGGLOlac grössenwahnsinnig, ist es überrissen, ist es gar nicht machbar? Bleibt das Projekt ein Papiertiger wie die Hochbahn oder das Weiterziehen der Schifflinie bis zum Zentralplatz? Das soll nicht sein! Die GPK ist der Meinung, dass AGGLOlac eine städtebauliche Lösung darstellt, welche beiden Gemeinden neues Entwicklungspotenzial verschafft. Die Landreserven von Nidau sind fast ausgeschöpft. Beide Gemeinden kämpfen mit wachsenden Zentrumslasten nicht nur finanzieller Art. Das Projekt ist aus Sicht der GPK nicht überrissen. Unsere Väter und Vorväter bewerkstelligten in Biel schon Grösseres, darunter zum Beispiel die Verschiebung des Bahnhofs. Für Biel, für Nidau und für die Region hat AGGLOlac eine grosse Bedeutung. Was kann passieren? Im besten Fall entsteht ein neues, städtebaulich wertvolles Quartier, welches über die Region ausstrahlt. Im schlechtesten Fall wird das Projekt nicht in Angriff genommen, weil die Studien ergaben, dass es zu teuer und nicht finanzierbar ist oder weil es aus dem Ruder laufen könnte. Genau das will die GPK nicht. Damit dieses Negativszenario nicht eintritt, wird der Kredit benötigt, um die genannten fünf Aspekte zu regeln. Wer weiss, was da noch alles entstehen könnte! Die Expo02 ist Geschichte, packen wir in diesem Sinn etwas Neues an! Die GPK empfiehlt einstimmig Annahme des Geschäfts.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Nous ne votons ce soir que sur un crédit de faisabilité. Cependant, on sent que les villes de Bienne et Nidau ont déjà une idée bien définie de ce à quoi AGGLOlac devrait ressembler. Le Groupe des verts a aussi une idée et ce n'est pas exactement la même! Bienne et Nidau nous présentent plutôt un projet immobilier et architectural. Or, en nous soumettant ces questions, cher Conseil municipal, vous nous posez des questions fondamentales, les voici:

- Comment voyez-vous votre Ville?
- Comment concevez-vous son développement?
- Dans quels types de quartiers voulez-vous vivre à Bienne ou dans ses communes limitrophes?

L'idée de densifier le tissu urbain est une nécessité et un excellent signal donné aux communes de la région. Le Groupe des Verts se prononce depuis longtemps pour la densification des villes comme réponse à l'étalement urbain. Autre élément positif, les plages de Bienne, patrimoine de la Ville de Bienne, sont maintenues. Ce qui est également positif est le maintien de la plage des pauvres et la revalorisation de la forêt qui l'entoure, pour autant qu'au final, on n'en exclue pas les milliers de pauvres, qui la salissent chaque été. Nous saluons également, que l'espace public soit particulièrement choyé dans la vision AGGLOlac, mais la manière de développer et d'animer ces espaces doit encore être discutée. Voilà pour les éléments positifs.

La préoccupation de base de Nidau, commune dont dépend la planification finale, est d'équilibrer ses comptes. Est-il question de freiner l'étalement urbain, de créer des quartiers vivables et accessibles, bien ancrés dans leur contexte urbain? Non, il s'agit d'équilibrer des comptes. À moi, en tant qu'aménagiste du territoire, cela me pose un problème. Il ne faut d'ailleurs pas être urbaniste pour comprendre, que ce n'est pas l'investissement et la fiscalité qui font la ville. AGGLOlac, tel que présenté, est une vision à court terme, qui n'est ni socialement, ni économiquement et ni urbanistiquement durable. Le Conseil municipal a une vision d'AGGLOlac, le Groupe des Verts en a une autre. Nous voyons un quartier qui se développe avec ses futurs

utilisateurs, un quartier vivant de la Ville dans la Ville. Ce que vous nous présentez me fait penser aux "gated communities", ces ghettos pour riches, qui voient le jour dans les pays émergents, mais aussi de plus en plus en Europe. Je ne sens pas de vie dans AGGLOlac. C'est pour cela que les Verts ont formulé un amendement qui précise le point 4 du projet d'arrêté:

Dans ce cadre, un rapport est établi sur les points suivants:

- a) Octroi en droit de superficie plutôt que vente du terrain à l'investisseur.**
- b) Avantages et désavantages des modèles à un ou à plusieurs investisseurs.**
- c) Le projet est développé dans une démarche participative.**
- d) Développement d'AGGLOlac avec 20% de l'habitat en logements coopératifs selon les critères du SVW / de l'ASH.**
- e) Développement d'AGGLOlac avec la garantie d'y trouver des services de proximité nécessaire à une vie de quartier à dimension humaine.**

Ce n'est peut-être qu'une anecdote, vos mots ont peut-être dépassé votre pensée, Monsieur le Directeur des finances, lorsque vous avez annoncé fièrement, lors de la séance d'information à Nidau, qu'un concept gastronomique pour AGGLOlac serait établi par Ivo Adam (le cuisinier star alémanique). Vous m'avez fait peur! Donner à un cuisinier à la mode, clairement orienté vers le haut-de-gamme, la conception gastronomique d'un quartier de 2'000 habitants, c'est surréaliste. Ce sont ces 2'000 habitants, qui devraient développer, en tant voulu, un concept gastronomique. Ce n'est pas un investisseur et un urbaniste municipal, aussi bons soient-ils, qui font la ville, mais ceux qui la vive. Vous voulez céder une part de notre réserve de terrain à Nidau, pour qu'elle soit vendue à un investisseur? La Ville va déjà leur céder quelques bons contribuables! Le secteur public perd ainsi toute possibilité d'influencer un terrain stratégique, pour l'avenir de nos deux communes. Le Groupe des Verts pense qu'un octroi en droit de superficie pourrait également être imaginé, en pensant aux générations futures. Il s'agit de la lettre a) de notre amendement.

La lettre b), c'est à dire de travailler avec un seul investisseur, est un élément qui irrite bon nombre de parlementaires et bien au-delà. Pour faire des stades, c'est déjà extrêmement délicat, mais pour créer de la ville avec une qualité urbaine, sociale et architecturale, c'est quasiment impensable. Le Groupe des Verts aimerait connaître, avant que le projet soit mis au concours, ce qui empêcherait la division du territoire de planification en différents lots, chacun ayant des conditions particulières, afin de développer le quartier avec plusieurs investisseurs et différentes formes d'investissements. Cela empêcherait de n'avoir qu'un investisseur trop puissant et trop tourné vers son profit final. Cette lettre fait également partie de l'amendement à la lettre e), où nous demandons qu'un partenaire privé soit remplacé par un ou plusieurs partenaires privés.

La lettre c) concerne la conception du quartier. Le Groupe des Verts souhaiterait qu'une démarche participative soit enfin lancée. Qu'on lance un processus impliquant tous les points de vue en discutant. Personne ne vit sur le territoire en question, mais beaucoup s'y intéresse. Ainsi, on créerait un quartier vivant et répondant aux attentes.

La lettre d) concerne le développement de l'habitat, avec 20% assurés à des coopératives de logements, ce qui permettrait d'assurer un autre fonctionnement

d'investissement et des loyers accessibles à une classe moyenne générale. Ce que vous appelez, dans le rapport, dans les caractéristiques techniques des conditions de l'appel d'offres, "*Un habitat largement mixte*", c'est de la poudre aux yeux! Vous trouvez vraiment que 12,5% de bas loyers, 12,5% de loyers moyens et 75% de loyers à prix élevés est largement mixte? Avec 20% de coopératives, on assurerait des loyers bas à moyens, qui ne seraient de plus pas appelés à monter sous l'effet spéculatif que l'on peut attendre dans un nouveau quartier au bord du lac.

À la lettre e), nous donnons les premiers éléments d'un quartier de proximité. C'est avec une crèche, un marché, un centre de santé, une école, que l'on crée des rencontres, des liens sociaux. Ce n'est pas avec des espaces publics, aussi bons soient-ils. Ces différents points de critique et les réponses que l'on y apporte sont développés sur la base de discussions préalables, menées avec la gauche de Bienne et de Nidau. Le Groupe des Verts souhaite le développement d'une vision de quartier à long terme, durable, une vraie réflexion sur la Ville. Nous vous demandons ainsi de soutenir ces amendements. Merci de votre attention.

Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP ist gegenüber dem Projekt AGGLOlac sehr skeptisch eingestellt. Zwar befürwortet sie verdichtetes Bauen an zentraler und gut erschlossener Lage. Die aktuelle Planung AGGLOlac wird den Zugang zum See jedoch stark einschränken. Aus Grünflächen werden betonierte Wasserläufe oder Betonflächen. Das Nidauer Erlenwäldli soll zu einem Park werden. Der vor der Expo gerodete Wald soll in Worben aufgeforstet werden. Dies sind für die Fraktion GLP klare Signale, dass aufgepasst werden muss. Deshalb möchte sie einige Zusicherungen zum Planungskredit und fordert Aussagen über den Seeuferweg, welcher mit einer Brücke über den Nidau-Büren-Kanal und einer breiten Seepromenade für FussgängerInnen, Velofahrende, InlineskaterInnen und andere Teilnehmende des Langsamverkehrs gestaltet werden soll. Ferner fordert sie Grünflächen, welche nicht überbaut und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Fläche könnte vom Strandbad zur Lago Lodge entstehen. Ausserdem soll das Nidauer Erlenwäldli als Wald bestehen bleiben und nicht als Grünfläche für die breiten Massen genützt werden. Selbstverständlich sollen ökologische Bauten erstellt werden. Ausserdem verlangt die Fraktion GLP den Einbezug der Nidauer und Bieler Bevölkerung in die ganze Projektplanung nächstes Jahr. Auch dürfen die Personen aus der Agglomeration nicht vergessen werden, welche an diesem Projekt interessiert sind und dort Erholung suchen. Sollte der Gemeinderat auf diese fünf Punkte heute Abend nicht befriedigend antworten können, muss die Fraktion GLP diesen Planungskredit leider ablehnen.

Dunning Samantha, au nom du Groupe socialiste: Après de longs débats, le Groupe socialiste a décidé, à la majorité, d'accepter le projet AGGLOlac, tel qu'il nous a été présenté. Il serait dommage de laisser presque vierge une parcelle si bien placée comme le prévoit les projets Statu Quo+ ou expo.park Nidau. La vision AGGLOlac semble vouloir davantage mettre en valeur ce quartier, grâce à un concours d'urbanisme et d'architecture. Nous apprécions également, que des critères environnementaux, comme la densification de la Ville ou la décontamination des sols pollués, aient été pris en compte. En effet, une des grandes préoccupations de la politique suisse en aménagement du territoire est d'éviter l'étalement urbain. Dans cet esprit-là, nous trouvons positif, que l'on construise à l'intérieur de la Ville. Le Groupe socialiste félicite aussi l'initiative de répondre aux critères du label "One Planet Living"

ou de "Société à 2000 watts", que l'investisseur devra respecter. Il nous paraît primordial, d'accorder une attention particulière à la diminution de la consommation d'énergie. Malgré ces points positifs, nous nous sommes tout de même interrogés sur quelques points.

Pour la construction d'un quartier, d'une telle envergure, il faut être innovateur. En ce moment, l'innovation est de construire en pensant à un avenir lointain. Il est alors indispensable de se concentrer sur la survie de notre planète. L'ECO-quartier ou même mieux le quartier durable semble être ce qu'il nous faut. Par quartier durable, on conçoit premièrement, un faible impact environnemental, ce qui semble avoir été fortement pris en compte pour la rédaction de ce rapport. Deuxièmement, un cadre de vie de haute qualité ne signifie pas uniquement de posséder des bâtiments d'un "haut standing", mais implique également un mélange des populations ainsi qu'une mixité des fonctions du quartier. Le quartier ne devrait pas uniquement être résidentiel, mais il devrait également y avoir des espaces publics, destinés à la détente, aux loisirs ainsi qu'à différents commerces et places de travail. Il est important que ce quartier soit vivant. La participation des habitants et habitantes semble avoir été omis. Pourtant, il est primordial, de faire participer les citoyens et citoyennes. Bien entendu, nous sommes conscients que personne n'habite encore dans ce quartier, mais si l'on se réfère à d'autres villes, comme par exemple Lausanne, les habitants et habitantes des quartiers attendants sont des personnes tout simplement intéressées par le projet de construction. Elles ont la possibilité de participer activement à l'élaboration de ce projet. Il est particulièrement important d'avoir l'avis de la population et non seulement celui des experts, car c'est bien beau de construire un quartier parfait du point de vue urbanistique ou architectural, mais ce quartier doit correspondre aux besoins des habitants.

Le Groupe socialiste a décidé d'accepter le projet d'arrêté tel quel et de refuser l'amendement du Groupe des Verts. Nous sommes d'accord avec le contenu proposé, mais pas avec la forme. Nous avons le temps, mettons-le à profit pour collaborer avec nos collègues de Nidau, afin de définir ensemble ce que nous voulons dans le rapport, qui nous sera soumis au milieu de l'année 2012. Il y a d'autres moyens que les amendements pour y parvenir, profitons de cette dynamique intercommunale.

Nicati Alain, au nom du Groupe Forum: Il s'est déjà dit beaucoup de choses, vous ne m'en voudrez pas si je répète encore une fois la même chose! C'est un excellent rapport, bien étudié, très clair et nous savons où nous allons. Ce projet a une portée, qui dépassera la portée communale. C'est un exemple, que d'autres communes, voir d'autres cantons pourraient également prendre. Dans ce sens, c'est un projet très valable. Lorsqu'on lit ce rapport, on est enthousiasmé, enfin on voit loin. Six mois d'étude sont encore nécessaires pour présenter un projet qui tient la route. Dans ce sens, la proposition d'amendement du Groupe des Verts pose un problème de principe. Les deux communes se sont entendues sur le projet d'arrêté. La Commission de gestion a étudié le projet d'arrêté et elle n'a pas fait de proposition d'amendement. Il n'est donc pas très heureux de modifier le projet d'arrêté. Si des modifications doivent être apportées, il faudra le faire lors de la présentation du projet final.

Le Groupe Forum propose, que le Conseil municipal examine la proposition d'amendement du Groupe des Verts. Nous vous proposons d'accepter le projet d'arrêté tel quel. Je vous remercie de votre attention.

Wiher Max, GLP: Ich bin noch immer äusserst befremdet über den unvermittelten und groben Angriff auf das Projekt Expopark mittels AGGLOlac. Der Expopark sah grossräumige Grünräume für die Öffentlichkeit vor. Er wäre finanziell tragbar und schnell realisierbar. Stattdessen wird durch die Vision AGGLOlac die Entwicklung dieses für die Bevölkerung und den Tourismus äusserst wichtigen Geländes um weitere Jahrzehnte hinausgezögert. Ich verurteile dieses Vorgehen. Es ist für mich und für viele BürgerInnen schlicht unverantwortlich. Verdichtetes Bauen in gut erschlossenen Gebieten ist tatsächlich ein grünliberales Anliegen, aber nicht an Seeufern oder gar in Parks! Die Stadtbevölkerung benötigt Erholungsraum und Grünflächen in unmittelbarer Nähe. Sonst steigen die Kriminalität und das Mobilitätsbedürfnis. Gemäss ihrer lösungsorientierten Politik war die Fraktion GLP zum Kompromiss bereit und hätte beim Projekt Expopark auf den Verbindungspark zwischen Nidau und See verzichtet. Auf die Grünfläche hinter dem Strandbad bis zum Verbindungsweg Lago Lodge - Péniche, welche das Nidauer Strandbad und den Strandboden verbindet, wird sie aber auf keinen Fall verzichten. Dieses Gebiet ist schon heute eine äusserst beliebte Flanierzone. Wenn bis zum Verbindungsweg gebaut wird, erwartet die Fraktion GLP dort eine Flaniermeile mit Bistrots und ähnlichem. Um eine entspannte Flaniersituation zu kreieren, braucht es diese Grünfläche. Mit Hochhäusern und Betonplätzen ist dies nicht zu erreichen. Als ich an der Infoveranstaltung für die Nidauer und Bieler StadträtInnen fragte, ob AGGLOlac auch ohne diese Fläche realisierbar wäre, bekam ich von den Verantwortlichen eine unmissverständliche Antwort: aus ökonomischen Gründen sei dies ausgeschlossen. Aufgrund dieser Antwort ist für mich das Projekt AGGLOlac ebenso ausgeschlossen. Vor einem Monat hielten die Grünliberalen in Nidau eine Infoveranstaltung ab. Sie waren erstaunt, wie wenig die BürgerInnen von AGGLOlac wussten. Als sie die Pläne studierten, waren sie wenig erfreut über diese Vision mit Hochhäusern bis zum See. Man stelle sich einmal folgende Situation vor: Es ist Sommer. Das Strandbad ist gut gefüllt und viele Leute baden. Andere sonnen sich oder entspannen auf ihren Badetüchern. Wiederum andere schauen sich von den Balkonen im Strandbad mit ihren Ferngläsern diese Badegäste genauer an. Ich erinnere an frühere Absichten für dieses Gebiet, welche in krassem Widerspruch zu AGGLOlac stehen. Die beschriebene Fläche wurde damals von Biel mit der Absicht gekauft, das Strandbad zu vergrössern oder eine öffentliche Grünfläche zu erstellen. Es gab das Projekt, von Ipsach bis Vingelz einen Grüngürtel zu realisieren. Perron 8 erstellte ein Seeuferkonzept. Dazu gab es ein Mitwirkungsverfahren, welches ein Bedürfnis nach verschiedenen Parkanlagen mit Freizeitangeboten aufzeigte. Nimmt man sämtliche frühere Planungen und Mitwirkungen als Kontraindikatoren, kommt dabei AGGLOlac heraus. Dies zeugt von wenig Respekt gegenüber den ehemaligen Planenden und Mitwirkenden. Nach vielen Gesprächen mit WählerInnen behauptete ich, dass diese Vision keine Chance haben wird. Deshalb lehne ich diesen Kredit ab, weil damit viel Geld in den Sand gesetzt würde.

Ogi Pierre, PSR: La Ville de Bienne a décidé d'aller bâtir dans une commune extérieure, à Nidau. Les communes, cantons, pays et continents peuvent s'alliés, cela s'appelle la mondialisation. Les banques l'ont fait, nous avons vu les résultats et nous les subissons encore chaque jour! Pourquoi la Ville doit-elle se mêler d'une chose à

l'extérieur de Bienne, lorsqu'elle n'est pas capable de construire un trottoir au Lindenhof! Il s'agit uniquement d'un simple trottoir pour 20'000 habitants. Par contre, la Ville de Bienne peut construire à l'extérieur pour 500 mio. fr. Les meilleurs payeurs d'impôts iront dans la nouvelle Venise. Peut-être que Nidau fusionnera avec Bienne dans 50 ou 60 ans, à moins que les finances de Nidau soient tellement bonnes en ce temps-là, qu'elle n'aurait aucun intérêt à fusionner avec Bienne.

Monsieur Gurtner a déposé une initiative contre les doubles mandats pour les Conseillers municipaux et cette initiative a été acceptée. Que font nos Conseillers municipaux, ils vont travailler avec une autre commune! On se demande s'ils n'ont pas assez de travail. Il y a assez à faire à Bienne, sans s'occuper d'une commune extérieure. Nidau n'est pas capable de faire ce travail toute seule. C'est pour cette raison, que la Ville de Bienne met à sa disposition toutes ses infrastructures.

Ce soir, j'ai eu mauvaise conscience, lorsque nous avons parlé d'économies. Monsieur Kaufmann voulait économiser et je ne l'ai pas suivi. J'ai eu tellement mauvaise conscience durant la pause, que je me suis dit que je devais l'aider. Je propose de supprimer tout de suite les 150'000 fr. de crédit additionnel, afin de montrer que les socialistes veulent économiser. Si je ne suis pas socialiste, je me demande qui l'est! Monsieur Kaufmann, vous avez la possibilité de pouvoir confirmer vos idées. Je vous demande de me soutenir afin de supprimer ce crédit additionnel de 150'000 fr.

Baltzer Niklaus, SP: Ich möchte dem Stadtrat ein Bild zeigen: so sieht AGGLOlac heute aus (*Gelächter*). Was kommt dem Stadtrat dazu in den Sinn? Mir kommt als erstes kein Projekt in den Sinn, sondern das Wort "Sanchez". Die meisten können sich wohl nicht erinnern... es handelte sich um eine Aufführung des Don Quijote, welche im Sommer 2008 im Expopark aufgeführt wurde. Diese machte mir grossen Eindruck. Wenn ich nun an das Projekt AGGLOlac denke und die Bilder anschau, dann möchte ich dort sofort eine Eigentumswohnung kaufen, hätte ich keine anderen Verpflichtungen. Damit könnte ich bis ans Lebensende von Sanchez träumen, dies wäre mein grösster Wunsch. Nun zu sachlicheren Punkten. Ich habe Mühe mit der Fraktion Grüne, es gibt einige Punkte, die mir nicht gefallen. Es geht um das Problem der Mitsprache. Bei welchen Bauprojekten haben die Leute die grösste Mitsprache? Beim Bau eines Einfamilienhauses! Das Land kann ausgewählt werden und mit dem zur Verfügung stehenden Kapital kann das Gewünschte gebaut werden. Hier hat der Bürger, die Bürgerin 100% Mitsprache. Ich bin nun aber nicht sicher, ob ich die Fraktion Grüne richtig verstehe. Mitsprache soll ja wohl nicht heissen, dass im Gebiet AGGLOlac eine Einfamilienhaussiedlung entstehen soll. Ich gebe zu, dass in den 30er-Jahren auch Leute aus den Gewerkschaften und aus der SP gerne Einfamilienhaussiedlungen bauten. Heute stehen aber keine Landreserven für eine solche Lebensform mehr zur Verfügung. Vielmehr muss alles getan werden für eine Verdichtung. Die Schweiz kann sich keine neuen Einfamilienhaussiedlungen mehr leisten! Auch in Biel gibt es Beispiele für solche Siedlungen. Ich denke zum Beispiel an Madretsch, Kellersried, das Renfer-Areal. Das Renfer-Areal ist ein typisches Beispiel mit mehreren Investoren. Ich weiss nicht, ob sich die Fraktion Grüne vorstellt, dass die Zukunft so aussieht wie das Renfer-Areal, auch wenn dort einige ziemlich zufrieden wohnen. Meine Vision eines sozialen und kommunikativen Zusammenlebens im Quartier sieht jedoch anders aus. Eine Ausnahme stellt natürlich der Teil entlang der Schüss dar, welcher die Stadt gebaut hat. Dieser ist gut.

Ansonsten sehe ich dort aber kein zukunftsträchtiges Quartierleben, auch wenn es zum Teil gerühmt wird. Nun kann auf Land, welches zwar nicht gänzlich auf Bieler Gemeindegebiet liegt, ein neues Quartier geschaffen werden. Dazu gibt es Planungsvorstellungen und ein Gesamtkonzept. Wahrscheinlich geht es im Kapitalismus nicht, dass sich an einem Gesamtprojekt mehrere Investoren beteiligen. Es geht um die Frage des Filetstücks. Der Investor mit dem grössten Kapital nimmt das beste Stück. Wie soll da eine Gesamtplanung möglich werden? Das geht wahrscheinlich im Kapitalismus nicht, denn dieser ist weder sozial noch ökologisch. Sollten mehrere Investoren für dieses Projekt gefunden werden, wäre es eine Bedingung, dass diese plötzlich sozial und ökologisch würden. Möglich ist aber, dass die Stadt zusammen mit Nidau ein Grossprojekt aufgleist, welches die Forderungen nach Ökologie und nach sozialem Leben erfüllt. Zum Schluss möchte ich auf die soziale Durchmischung zu sprechen kommen. Diese wird durch den Wohnungsbau beeinflusst. Wenn ich in dieses neue Quartier ziehe, wird in Biel eine günstige Abwärtswohnung frei. Dann kann dort jemand mit weniger Mitteln wohnen. Es geht nicht, dass im Rahmen des Projekts AGGLOlac nur Sozialwohnungen gebaut werden, dazu fehlt das Geld.

Arnold Marc, SP: Ich kann diesen Bericht nicht so euphorisch loben wie Herr Nicati. Scheinbar war er aber nie Strandbadgänger, so wie 95% der restlichen StadträtInnen auch. Die Sichel auf den drei Grafiken auf Seite 25 stellt das Strandbad dar. Leider sind bei der Entwicklungsoption "Status Quo+" die alten Strässchen nicht eingezeichnet. Entlang der Zihl führte ein Uferweg. Etwas links vom orangen Spickel weg führte die Erlenstrasse. Die Grenzstrasse diente der Erschliessung von Seiten der Ingenieurschule. Der hellgrüne und der orange Teil waren also früher eine Liegewiese. Die Wiesen boten aber auch Freiflächen zum Bocciaspielen, es gab dort ein Kinderkarussell und ein kleines Bad. Im orangen Teil waren die Volleyballfelder. Im grünen Teil ganz unten war ein Fussballfeld. Ich bin erstaunt, dass die JUSO sich zu diesem Thema nicht stärker äussert. Scheinbar sind sie von der Volljährigkeit gerade ins AHV-Alter gekommen... Die Frei- und Sportflächen waren absolute Lieblingsorte der Jugendlichen und Schulen. Wenn die Schulen ins Bieler Strandbad gingen, legten sich die Jugendlichen dort hin. Den Jungen gefiel es, weil sie Fussball spielen konnten und die Mädchen zuschauen kamen. Den Mädchen gefiel es, weil dort die Jungen waren und sie zuschauen konnten. Es war der absolute Treffpunkt. Dies kann auch mit Zahlen belegt werden. Früher konnte das Strandbad pro Saison zwischen 110'000 und 150'000 Eintritte verzeichnen. Der absolute Rekord liegt bei 208'000. Das Bieler Strandbad lag immer rund 30'000 bis 50'000 Eintritte vor Nidau. 2010 konnte Biel jedoch nur noch 60'000 Eintritte verbuchen, Nidau aber 110'000. Wenn das Strandbad durch die Expo.02 nicht dermassen zerstört worden wäre, hätte im sehr schönen Sommer 2010 sicher mit 100'000 Eintritten gerechnet werden können. Es ist richtig, die Fläche hinten wurde wieder begrünt und mit einem Zaun umgeben, so dass sie wieder vom Strandbad genutzt werden kann. Die Hecke und die ganze Grünanlage drumherum fehlen aber. Herr Wiher tönte es an, die Badenden sind dort ausgestellt. Die Jugendlichen gehen dort nicht mehr hin, da es jetzt zu offen ist. In meinem Alter war man früher knapp angezogen. Heute geht der Trend eher wieder Richtung Badanzüge. Diesbezüglich stört es die Jugendlichen sicher noch mehr und sie fühlen sich ausgestellt. Deshalb kann ich diesem Projekt nicht zustimmen. Mir sind die Badegäste, die SportlerInnen und die Familien ein Anliegen. Immer wieder gibt es Vorstösse, welche sich mit der Fettleibigkeit und dem

Bewegungsmangel bei Kindern befassen. Deshalb bin ich erstaunt, dass nun Flächen überbaut werden sollen, wo Jugendliche Sport treiben könnten.

Gurtner Roland, Passerelle: Je trouve le projet AGGLOlac intéressant et il mérite d'être poursuivi. J'approuve le crédit additionnel soumis ce soir. Comme le Groupe des Verts et le Groupe socialiste, j'ai été attiré par le point 2 du projet d'arrêté. J'ai des remarques allant dans le même sens, que celles émises par le Groupe des Verts et par le Groupe socialiste. Le point 2 du projet d'arrêté renvoie au chapitre 20.3. du rapport. Or, dans ce chapitre il y a, à mon avis, des points fondamentaux importants pour l'acceptation du projet. Je trouve qu'il est important, que nous en discutons ici et puissions ainsi faire des suggestions et donner des idées pouvant encore être prises en compte, avant que nous devions nous prononcer de manière définitive sur un projet.

Je veux parler des données caractéristiques de l'appel d'offres, se trouvant aux pages 45 et 46 du rapport. Tout d'abord concernant les terrains à bâtir, il est écrit: "*L'investisseur acquiert tous les secteurs de construction d'une superficie de 35'500 m²*". Sommes-nous d'accord, respectivement la population est-elle d'accord que la Ville de Bienne vende ses terrains à un seul investisseur chargé de les rentabiliser? Pourquoi n'est-il pas envisagé d'octroyer le terrain en droit de superficie?

Concernant les caractéristiques techniques, il est question du label de la société à 2'000 watts et de celui de "One Planet Living". Ces labels se focalisent essentiellement sur la réduction des émissions de CO₂ et donc de la construction de label Minergie-P. Le Conseil municipal n'a-t-il pas une vision un peu plus large et à plus long terme, en se rapprochant davantage du modèle le l'eco quartier, dont à largement parlé Madame Dunning? L'ECO-quartier est très en vogue en suisse romande, où il existe des projets remarquables dans les villes de Lausanne et de Genève. Ce modèle prend en compte le développement durable au plein sens du terme, à savoir la dimension économique, favoriser les matériaux, la main d'œuvre locale ainsi que les technologies innovantes, la dimension environnementale, la biodiversité, les espaces verts, la mobilité douce et la dimension sociale, en favorisant la convivialité, la participation de la population, la mixité sociale et la vie de quartier. Le Conseil municipal a-t-il envisagé de créer un eco quartier sur cet espace d'AGGLOlac? Ce serait intéressant d'avoir une réponse à cette question. Par ailleurs, je soutiens entièrement la proposition d'amendement du Groupe des Verts. Elle est tout à fait sensée et pertinente.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Ich kann mich für dieses Projekt nicht so begeistern wie die Mehrheit im Rat. Für mich ist AGGLOlac eine Vision, in welcher in die Zukunft geschaut wird. Eventuelle künftige Möglichkeiten werden erörtert. Die finanzielle Lage der Stadt ist im Moment relativ angespannt. Lassen wir also die Vision noch etwas Vision sein und widmen wir uns den Aufgaben, welche für Biel wichtiger sind. Es gibt noch Vieles, das dringend angepackt werden muss und bald fertig gestellt sein sollte. Die Eidgenossen werden dieses Geschäft klar ablehnen.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Monsieur Baltzer, vous faite bien d'évoquer l'utilisation intermédiaire de l'aire du territoire. Depuis le fameux spectacle "Don Quijote", la Commune de Nidau empêche des projets culturels et associatifs, de s'approprier temporairement le terrain. On sent déjà la pression d'un

investisseur. Monsieur Baltzer, lorsque vous comparez AGGLOlac à l'Aire Renfer, il ne s'agit pas tout à fait des mêmes paramètres. L'Aire Renfer est un quartier uniquement d'habitation, alors qu'AGGLOlac est un projet où il est question de vie de quartier, de ville dans la ville. Il se pose les questions de savoir comment on aimerait vivre dans cette ville. Afin de créer un véritable quartier, il nous paraît indispensable de se lancer dans un processus participatif, ce qui a parfois de la peine à être fait à Bienne. Monsieur Nicati, c'est justement de laisser le Conseil municipal seul développer le projet, qui fait peur au Groupe des Verts. Nous voulons de la vie, de la mixité et de la participation. Monsieur Ogi, lorsque vous dites que c'est triste de s'engager à Nidau, il faut aller plus loin et se poser les questions de la conception de la ville. Ce sont les questions que le projet AGGLOlac pose. Comment voit-on notre Ville? Comment voit-on son futur développement? Nous avons là un espace vierge, qui va se développer. Sur cette base et suivant la réalisation d'AGGLOlac, nous allons pouvoir réfléchir à nos quartiers actuels et à leur développement.

Le Groupe des Verts retire son amendement devant le manque de soutien. Nous nous mettrons à table avec le Parti socialiste, les Verts et le Parti socialiste de Nidau, afin de poursuivre nos objectifs par voie de motion et ainsi éviter la création d'un quartier de cartes postales et stérile. Nous suivrons de près la création de la Commission intercommunale. Ce soir le Groupe des Verts s'abstiendra de voter, car nous voulons que les paramètres évoqués dans l'amendement, largement soutenus, soient intégrés dans le développement du projet par voie de motion. Merci de votre attention.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich bin sehr erfreut, dass sich der Stadtrat nach einer Budgetdebatte, bei der es um reine Zahlen ging, die Zeit nimmt um ausgiebig über eine wichtige Entwicklungsmöglichkeit der Stadt zu diskutieren. Ich bin glücklich, dass die vom Sprecher der GPK genannte gleiche Augenhöhe mit Nidau nicht verletzt wurde. Dies ist die politische Herausforderung dieses Projekts. Biel ist nur der kleine Partner, welcher das Land zur Verfügung stellt. Der grosse Partner, der das Sagen hat, die Planung dirigiert und die Verantwortung trägt, ist Nidau. Deshalb ist es sehr heikel, wenn Biel detaillierte Forderungen stellt, was auf dem Gemeindegebiet von Nidau geschehen soll. Wäre es umgekehrt, möchte der Bieler Stadtrat bestimmt auch nicht, dass der Nidauer Stadtrat entscheidet, wieviele Sozialwohnungen auf Bieler Gebiet erstellt werden sollen. Dies ist die Schwierigkeit und die Herausforderung dieses Projekts. Die jetzt zurückgezogenen Ergänzungen der Fraktion Grüne könnten allenfalls mittels Motion eingereicht werden, möglicherweise am Besten zusammen mit den Grünen Nidau. Dadurch könnte eine Diskussion auch im Nidauer Stadtrat stattfinden, welcher schlussendlich auch die Verantwortung trägt. Die Chance von AGGLOlac ist unglaublich gross. Deshalb freut es mich, dass heute Abend viele JungpolitikerInnen das Wort ergriffen haben und sich somit intensiv mit diesem Projekt auseinandersetzen.

Herr Gurtner, ich kann kein Versprechen abgeben, dass nach dem Prinzip ECO-quartier vorgegangen werden kann. Ehrlich gesagt, weiss ich gerade nicht, welche Bedeutung das hat. Selbstverständlich sind weitgehende Bedingungen vorgesehen. Ich nehme an, dass beim ECO-quartier der partizipative, soziale Gedanke eine grössere Rolle spielt, als aus den Unterlagen ersichtlich ist. Sonst hätte Herr Gurtner wohl nicht darauf hingewiesen. Es muss noch untersucht werden, inwieweit eine Partizipation möglich ist. Es wurde zu Recht gesagt, dass es sich nicht um ein reines

Wohnquartier handelt. 80% sind für das Wohnen reserviert, 20% für andere Bereiche. Konkret bedeutet dies, dass für ungefähr ein Geschoss, mit Vorteil das Erdgeschoss, keine Wohnungen geplant sind. Dies bedeutet, dass auch Läden, Restaurants und Vergnügungslökele geplant sind. Es handelt sich nicht um ein reines Wohnquartier. Vielmehr soll es ein Quartier werden, welches auch städtischen Charakter hat.

Es wurde die Frage gestellt, warum kein Baurecht in Frage kommt. Ich habe eine Vorliebe für das Baurecht, wie ich auch bei den Stadien zeigen konnte. Bei AGGLOlac gibt es aber ein einfaches Problem: Es ist eine Vorfinanzierung nötig. Dadurch wird es sehr schwierig werden, eine Vorfinanzierung zu erhalten. Beim Landkauf stellen Private das Geld zur Verfügung, um die notwendigen Infrastrukturarbeiten anzugehen. Wird das Land aber nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben, fliesst lediglich ein jährlicher Baurechtszins, womit die entsprechenden Ressourcen nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen würden. Nidau und Biel müssen zuerst investieren. In Zürich gibt es Versuche, Baurechte mit einmaligen Summen abzugelten. Diese Praxis ist aber noch nicht gefestigt.

Der grösste Teil des Landes auf dem Strandboden, Herr Wiher, kaufte Biel um darauf zu bauen. Die Stadt kaufte das Land von einer Gesellschaft, welche in Schwierigkeiten war. So war es während der Expo.02 gesichert. Der Bevölkerung wurde klar mitgeteilt, dass dieses Land nach der Expo.02 für bauliche Zwecke genutzt werden sollte. Nun sagt Herr Wiher, das Projekt expo.park sei die beste Lösung. Daraus ergeben sich aber verschiedene Probleme. Erstens würde das Land, das die Stadt zwecks Überbauung gekauft hat, nicht überbaut. Das heisst, das Versprechen an die Bevölkerung würde nicht eingehalten. Das ginge aber noch, wenn Nidau bereit wäre, Biel eine entsprechende Entschädigung zuzugestehen. Zweitens ist das Projekt expo.park nicht realisierbar. In der Zwischenzeit ist auch Nidau klar, dass die entstehenden Kosten nicht realistisch geschätzt wurden. Biel hat einen wunderbaren Platz am See, der CHF 4,4 Mio. kostete. Damit ist absehbar, was ein Platz kosten würde, der Herrn Wiher gefiele. Drittens war im Projekt expo.park das gleiche Hochhaus geplant wie im Projekt AGGLOlac. Das Argument des Voyeurismus zählt also nicht. Die Vorschriften zum Hochhaus werden praktisch unverändert aus der Planung des Projekts expo.park übernommen. Dementsprechend könnte auch beim Projekt expo.park das Strandbad beobachtet werden. Wenn ich Herr Wiher wäre, würde ich also das Projekt expo.park nochmals kritisch hinterfragen und mit meiner Partei besprechen. Es würde mich interessieren, was die Grünliberalen zu diesem Thema diskutieren. Insgesamt waren die Sprecher der Fraktion GLP etwas weniger ablehnend als diejenigen der Fraktion Grüne. Drei von vier Fragen kann ich positiv beantworten:

Es stellt ein klares Ziel dar, den Seeuferweg zu realisieren. Dies ist auch aus den Überlegungen ersichtlich, welche in der Darstellung der Projekte gemacht wurden. Selbstverständlich soll es eine Verbindung von Ipsach bis zum Strandboden geben. Das Problem ist offen gestanden die Brücke über den Nidau-Büren-Kanal. Ich habe den Nidauern bisher erfolglos vorgeschlagen, diese auch in das Projekt zu integrieren. Dies möchten die Nidauer aber im Moment nicht. Deshalb kann ich nicht garantieren, dass sie Bestandteil dieses Projektes sein wird. Die Brücke wurde aber im Agglomerationsprogramm der Eidgenossenschaft aufgenommen und es wird intensiv an diesem Projekt gearbeitet. Ob sie schlussendlich selbst für Inlineskater geeignet sein wird, kann ich nicht versprechen.

Die neue Grünfläche soll bis zum See reichen. Die heutige Grünfläche hinter dem Strandbad hat keinen Seeanstoss. Die Überlegungen von Herrn Arnold sind seit zehn Jahren vom Tisch. Der ehemalige Baudirektor Haag verlangte zweimal einen Kredit für das Strandbad. Einmal für die Gestaltung des Gebäudes während der Expo und einmal für die Gestaltung des Strandbades. Dabei wollte Herr Haag eine Betonmauer bauen lassen, damit das Strandbad vom restlichen Teil getrennt würde. Dies lehnte der Gemeinderat damals ab. Das Gebiet ist aber schon lange nicht mehr so wie es Herr Arnold noch aus der Kindheit in Erinnerung hat. Hinter dem Strandbad gibt es schon lange keine Schmuse-Wiese mehr! Diese Zeiten sind vorbei. Die jungen Leute entdeckten andere Orte für diese Tätigkeiten. Ich weiss nicht, ob das Rad wirklich dermassen zurückgedreht werden kann, dass Herrn Arnolds schöne Jugenderinnerungen wieder aufleben könnten. Der Gemeinderat schlägt vor, dass die Grünfläche, welche für die Bevölkerung von Biel und Nidau entstehen soll, direkt an den See zu liegen kommt, dort wo heute private Nutzer das Land besetzen (z.B. Tennisplätze). Die Betreiber der Tennisplätze wären bereit, ihr Land der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Das heutige Strandbad hat eine Fläche von rund 17'000 m². Das neue Strandbad wird ungefähr 19'000 m² umfassen. Das heisst, es wird ca. 2'000 m² grösser. Die Wiese hinter dem Strandbad ist heute 10'000 m² gross. Die neue Wiese direkt am See wird aber sogar 16'000 m² gross! Die Grünfläche wird also nicht nur vergrössert, sie wird auch qualitativ verbessert. Ich kann jedoch nicht versprechen, dass zwischen dem Strandbad und der Lago Lodge weiterhin eine Freifläche stehen wird, es sei denn, der Kanal würde als solche angeschaut.

Nidau verlangt klar, dass das Erlenwäldli als Wald bestehen bleibt. Diese Forderung wird von Biel nicht bekämpft. Es gibt allerdings Überlegungen dazu, dass der Wald so gestaltet würde, dass er auch genutzt werden könnte. Ich möchte mich aber nicht zu stark auf Nidauer Äste hinauswagen. Der Wald hat aber Verbesserungspotenzial. Dieses besteht nicht darin, dass er abgeholzt wird. Er könnte aber nach forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten verjüngt werden. Im Übrigen bestehen kantonale und eidgenössische Vorschriften, welche eine Rodung verunmöglichen. Diese Vorschriften schreiben sogar vor, dass das Gehölz, welches für die Expo.02 gerodet werden musste, andernorts wieder aufgeforstet wird. Im Projekt AGGLOlac konnten ökologische Eckwerte verankert werden. Somit kann ich, mit Ausnahme der Verbindung Strandbad - Lago Lodge, alle Fragen der Fraktion GLP positiv beantworten.

Herr Ogi, es tut mir leid, wenn Sie gegen das Projekt AGGLOlac sind, weil der Lindenhof noch kein Trottoir hat. Das Projekt AGGLOlac erschliesst ein Gebiet für 20'000 Personen. Ich weiss nicht, ob es im Lindenhofquartier so viele sind... Ich kann Sie wohl keines Besseren belehren.

Aber, meine Damen und Herren, Biel besitzt auf Nidauer Seite viel Land. Der Gemeinderat möchte, dass dieses Land so genutzt wird, dass sich die beiden Städte weiterentwickeln können. Für Nidau ist dies praktisch die einzige Möglichkeit, sich noch zu entwickeln. Im Gegensatz zu Biel zogen in letzter Zeit viele Leute von Nidau weg. Biel hat auch ein Interesse daran, dass es Nidau gut geht. Einerseits besitzt Biel Land in Nidau, andererseits sind beide Städte Nachbarn. Zudem ist dieses Gebiet ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bieler Bevölkerung. Herr Ogi, dies ist der Grund, weshalb sich der Gemeinderat auch auf Nidauer Seite engagiert.

Ich bin froh, dass die Fraktion Grüne ihren Antrag zurückzog. Die Sprecherin der SP erwähnte, dass noch genügend Zeit zur Verfügung steht. Ich lade die Fraktion Grüne ein, ihr Anliegen in Form einer Motion und zusammen mit den Nidauern einzureichen.

Die schwierigste Frage ist wohl diejenige nach dem Investor. Herr Baltzer machte bereits wichtige Überlegungen. Der Gemeinderat schlägt vor, das Projekt mit einem Investor zu entwickeln. Bei mehreren Investoren müssten die jeweiligen Bedingungen, welche Biel ja stellen will, proportional auf die Partner aufgeteilt werden. Ein Investor wird nicht einfach investieren und dann wieder gehen. Vielmehr sollte er während mindestens 25 Jahren bleiben und seine Investition weiterentwickeln. Das heisst, er muss die Suppe, die er sich zusammen mit Nidau und Biel einbrockt, auch wieder auslöffeln. Damit ist ein langfristiges Engagement nötig. Mit mehreren Partnern sind solche Bedingungen schwierig. Ein weiteres Beispiel ist der Wohnungsmix. Auch ich bin der Meinung, dass ein Wohnungsmix nötig sein ist. Die Gefahr, dass ein Ghetto entsteht, sehe ich allerdings nicht. Bis das ganze Gebiet überbaut sein wird, dauert es 5 - 10 Jahre. Allein dadurch sollte eine Durchmischung möglich werden. Auch dies ist jedoch nur mit einem Investor möglich. Dies bedeutet aber nicht, dass dieser Investor einzelne Lose nicht an andere Investoren abtreten könnte. Der Partner, der die Verantwortung trägt, soll aber nur einmal bestimmt werden müssen. Es ist klar, dass sich dieser Investor viel stärker engagieren werden muss als beispielsweise bei den Stadien. Auf Seite 45 des Berichts sind die Eckwerte für die Auswahl eines Investors aufgelistet. Ich ersuche den Stadtrat, dem Bericht "Vision AGGLOlac" zuzustimmen. Sobald diese Zustimmung vorliegt, kann ein Reglement zur Gründung der interkommunalen stadträtlichen Kommission erarbeitet werden. Wenn alles gut läuft, kann bereits in der Dezembersitzung der Einsetzungsbeschluss für diese Kommission erwirkt werden.

Arnold Marc, SP: Biel kaufte die Parzelle 139, dies ist auf Seite 25 des Berichts der dunkelgrüne Teil in der Mitte. Am 19. März 2009 wollte der Gemeinderat diese Parzelle übrigens verkaufen, zog das Geschäft aber dann zurück. Der Stadtpräsident sprach vorhin von zwei Bauvorlagen zum Strandbad. Bei der ersten handelt es sich um den Bericht 000387 "Verpflichtungskredit für die Sanierung Strandbadgebäude Uferweg 40, 2560 Nidau" vom 6. Juli 2001. Dieser Bericht forderte einen Kredit für die Sanierung des Strandbadgebäudes. Der damalige Baudirektor schrieb darin weite Teile aus einem Bericht ab, welchen er 1982 als Mitarbeiter der Baudirektion verfasste. Bei der zweiten Bauvorlage handelt es sich um den Bericht 020031 "Verpflichtungskredit für die Teilsanierung des Bieler Strandbadareals, Uferweg 40, 2560 Nidau" vom 3. Oktober 2003, welcher am 20. November 2003 im Stadtrat diskutiert wurde. Darin ging es um einen Verpflichtungskredit für die Teilsanierung des Strandbadareals. Im ursprünglichen Projekt, welches auch der Sportkommission vorgelegt wurde, war angedacht, das Strandbad von 27'000 m² auf 34'000 m² zu erweitern. Der damalige Baudirektor wollte Teilbereiche schaffen, womit der Sportbereich im Strandbad integriert gewesen wäre, nicht aber die Allmend. Ursprünglich wäre aber ein Durchgang vorgesehen gewesen. Dieser wurde am 9. Mai 2003 vom Gemeinderat zurückgewiesen und war nicht mehr Bestandteil des Berichtes, der dem Stadtrat vorgelegt wurde. In der Stadtratssitzung vom 20. November 2003 konnte sich der Stadtrat deshalb nur zum vorderen Teil des Strandbades äussern. Er stimmte aber nie darüber ab, ob das Strandbad verkleinert werden soll. Es ist ein Unsinn zu behaupten, ich hätte falsche Angaben zur Grösse

des Strandbades gemacht. Die Flugaufnahme zeigt dies klar. Uferweg und Erlenstrasse waren die Grenze zum Strandbad. Wenn der Stadtpräsident nie im Strandbad war und diese Schmuse-Ecke nicht kannte, kann ich nichts dafür. Das muss eine traurige Kindheit gewesen sein! Jedenfalls bestand diese Grünfläche bis ins Jahr 2000. Der Gemeinderat sagt nun, eine neue Grünfläche werde weiter unten realisiert. Das Strandbad besteht aber nicht nur aus Liegeflächen, sondern auch aus Frei- und Spielflächen. Wer das nie erlebt hat, kann auch nicht nachvollziehen, weshalb jemand im Strandbad Fussball, Federball oder Frisbee spielen will. Es ist nicht so, dass man das Strandbad verlassen, zwei Kilometer laufen und dann dort spielen will!

Nicati Alain, PRR: Je demande de clore la séance.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 27. August 2010, gestützt auf Art. 39, Abs. 1, Bst. g der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Zusatzabklärungen zur Machbarkeit der "Vision AGGLOlac" gemäss Kapitel 20 wird ein Nachkredit von CHF 150'000.- zum vom Gemeinderat am 3. Juli 2009 genehmigten Kredit von CHF 297'000.- bewilligt.
2. Die Eckwerte für das Ausschreibungsverfahren für einen privaten Partner gemäss Kapitel 20.3 werden zur Kenntnis genommen.
3. Dem Stadtrat ist bis spätestens Ende 2010 eine Vorlage für ein Reglement über eine interkommunale stadträtliche Kommission zu unterbreiten, welche folgende Grundsätze berücksichtigt: Die Kommission begleitet die Arbeiten der Projektleitung "AGGLOlac". Sie setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen. Fünf Mitglieder werden von der Einwohnergemeinde Nidau, vier von der Einwohnergemeinde Biel delegiert. Das Präsidium steht der Einwohnergemeinde Nidau, das Vizepräsidium der Einwohnergemeinde Biel zu.
4. Bestätigen die Zusatzabklärungen die Machbarkeit der Vision "AGGLOlac", ist dem Stadtrat bis spätestens Mitte 2012 ein weiterer Kreditantrag für die nachfolgenden Planungsphasen (städtebaulicher Wettbewerb, gesetzliche Planungsgrundlagen) zu unterbreiten.
5. Gleichzeitig mit dem Kreditantrag gemäss Ziff. 4 sind dem Stadtrat je ein Vertrag über den Werte- und Risikoausgleich zwischen den Einwohnergemeinden Nidau und Biel und für die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner zu unterbreiten.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich danke dem Stadtrat für die spannenden und interessanten Diskussionen und wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23.40 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Thomas Lachat

Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Carole Aeschlimann

Claire-Lise Kirchhof